Mindestsicherung und Sozialhilfe der Bundesländer im Jahr 2021

KURT PRATSCHER

Menschen, die ihre existenziellen Grundbedürfnisse (Lebensunterhalt, Wohnen, Schutz im Krankheitsfall) nicht oder nicht ausreichend durch Eigenmittel (Einkommen, Vermögen) oder vorrangige Sozialleistungen (z. B. Arbeitslosengeld) sichern können und zum dauernden Aufenthalt in Österreich berechtigt sind, haben Anspruch auf Mindestsicherung oder Sozialhilfe. Im Jahr 2021 erhielten durchschnittlich 199 173 (in Summe 264 752) Personen Unterstützung; das waren um 3,8 % (Jahresdurchschnitt) bzw. 4,6 % (Jahressumme) weniger als im Vorjahr. Der monatliche Leistungsanspruch auf die Sicherung des Lebensunterhalts und des Wohnbedarfs betrug durchschnittlich 381 Euro pro Person bzw. 712 Euro pro Bedarfsgemeinschaft (Ein- und Mehrpersonenhaushalte); bei 71 % der Bedarfsgemeinschaften war die Hilfe eine Aufstockung zu den angerechneten Einkünften. Für Lebensunterhalt, Wohnen und Schutz im Krankheitsfall wurden im Rahmen der Mindestsicherung/Sozialhilfe insgesamt 966 Mio. Euro ausgegeben, das waren weniger als 1 % der gesamten Sozialausgaben im Jahr 2021.

Vorbemerkung

Nach Inkrafttreten des Sozialhilfe-Grundsatzgesetzes und des Sozialhilfe-Statistikgesetzes am 1. Juni 2019[1] begann die Umsetzung in den Bundesländern Anfang 2020 zeitgerecht[2] nur in Nieder- und Oberösterreich. 2021 folgten Kärnten und Salzburg (Jänner) sowie Vorarlberg (April) und die Steiermark (Juli) mit ihren Ausführungsgesetzen zur Sozialhilfe nach. In den restlichen Bundesländern (Burgenland, Tirol und Wien) blieben die Mindestsicherungsgesetze in Kraft, die ursprünglich infolge der Bund-Länder-Vereinbarung zur Bedarfsorientierten Mindestsicherung (BMS)[3] entstanden sind.

Die Mindestsicherungs- und Sozialhilfestatistik 2021 setzt sich aus den Mindestsicherungsdaten von Burgenland, Tirol und Wien sowie den Mindestsicherungs- und Sozialhilfedaten von Nieder- und Oberösterreich, Kärnten, Salzburg, Vorarlberg und der Steiermark zusammen. Die Integration von Mindestsicherungs- und Sozialhilfedaten hat mit 2020 begonnen und wird auch die kommenden Berichtsjahre betreffen, solange Leistungsansprüche aus beiden Systemen in einem Bundesland parallel bestehen[4] bzw. der Übergang von der Mindestsicherung zur Sozialhilfe noch nicht begonnen wurde.

Im Folgenden werden Mindestsicherung und Sozialhilfe hinsichtlich ihrer Zielsetzungen, Anspruchsvoraussetzungen und Leistungen kurz beschrieben, danach die Grundlagen der Datenerhebung und ihre Umsetzung dargestellt. Der Hauptteil präsentiert die wichtigsten statistischen Ergebnisse für 2021 samt Veränderungen gegenüber dem Vorjahr bzw. den Vorjahren.

1) Siehe Bundesgesetzblatt I Nr. 41/2019.
2) Das Sozialhilfe-Grundsatzgesetz sieht vor, dass die Länder innerhalb von sieben Monaten nach Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes, d. h. bis 1. Jänner 2020, Ausführungsgesetze zu erlassen und in Kraft zu setzen haben.
3) Diese ist Anfang Dezember 2010 in Kraft getreten und Ende 2016 ausgelaufen. Da eine neue Vereinbarung nicht zustande kam, oblag die Ausgestaltung der Mindestsicherung seit Anfang 2017 ohne Berücksichtigung eines gemeinsamen Rahmens – analog zur vormaligen Sozialhilfe in diesem Bereich – wieder zur Gänze den Ländern.
4) Das Grundsatzgesetz legt fest, dass die Länder Übergangsbestimmungen und einen Übergangszeitraum für die Überführung bisheriger Leistungsansprüche auf Basis der Mindestsicherungsgesetze in Leistungsansprüche gemäß den neuen Sozialhilfe-Ausführungsgesetzen vorsehen müssen; beim Inkrafttreten mit Anfang 2020 endet der Übergangszeitraum mit spätestens Anfang Juni 2021.

Wesentliche Sozialleistungscharakteristika

Mindestsicherung

Die Mindestsicherung ist primär darauf ausgerichtet, Armut und soziale Ausgrenzung zu bekämpfen bzw. zu vermeiden. Weitere **Zielsetzungen** der Mindestsicherungsgesetze der Länder sind die möglichst dauerhafte (Wieder-)Eingliederung in das Erwerbsleben, die Ermöglichung eines menschenwürdigen Lebens, die Förderung der Eingliederung in die Gesellschaft und die nachhaltige soziale Stabilisierung.[5]

Die Mindestsicherung basiert zentral auf dem Bedarfs- bzw. **Bedürftigkeit**sprinzip und dem Grundsatz der **Subsidiarität**: Menschen haben nur dann einen Rechtsanspruch auf diese Sozialleistung, wenn sie ihre Grundbedürfnisse (Lebensunterhalt, Wohnbedarf, Schutz bei Krankheit, Schwangerschaft und Entbindung) nicht oder nicht ausreichend durch eigene Mittel (Einkommen, Vermögen) und/oder über vorrangige (Sozial-)Leistungsansprüche (Pension, Arbeitslosengeld, Unterhalt etc.) decken können. Das impliziert (von Ausnahmen abgesehen) sowohl den Einsatz der eigenen Arbeitskraft (bei arbeitsfähigen Personen) als auch die Verwertung von vorhandenem Einkommen und Vermögen, bevor Mindestsicherung in Anspruch genommen werden kann.

Die **Berechtigung zum dauernden Aufenthalt** ist neben dem Vorliegen von Hilfebedürftigkeit die andere wichtige Anspruchsvoraussetzung, wobei die Länder hier in der Regel auch explizit auf das Bestehen eines Hauptwohnsitzes in ihrem jeweiligen Bundesland abstellen. EU- bzw. EWR-Bürger:innen müssen entweder als Arbeitnehmer:innen in Österreich tätig (gewesen) sein oder schon länger als fünf Jahre hier rechtmäßig gelebt haben, um Leistungen beziehen zu

5) Damit sind die in den Mindestsicherungsgesetzen formulierten Zielbestimmungen noch nicht erschöpfend aufgezählt. Welche jeweils vorkommen, ist zum Teil unterschiedlich geregelt. Abweichend davon kennt ein Mindestsicherungsgesetz (Vorarlberg) keine explizite Zieldefinition.

können; bei Drittstaatsangehörigen stellt diese Frist grundsätzlich die Anspruchsvoraussetzung dar. Im Fall der Asylberechtigten ist die Statuszuerkennung maßgeblich für den Mindestsicherungsanspruch; subsidiär Schutzberechtigte bleiben hingegen in der Regel auch nach Statuszuerkennung in der Grundversorgung (diese ist hauptsächlich für Asylwerber:innen zuständig), können aber in einzelnen Bundesländern subsidiär oder ergänzend Leistungen aus der Mindestsicherung bekommen.

Die Sicherung des Lebensunterhalts und des Wohnbedarfs sowie der Schutz bei Krankheit, Schwangerschaft und Entbindung sind die zentralen Leistungsbereiche der Mindestsicherung. Zum **Lebensunterhalt** zählen der regelmäßig wiederkehrende Aufwand für Nahrung, Bekleidung, Körperpflege, Hausrat, Heizung und Strom sowie andere persönliche Bedürfnisse wie die angemessene soziale und kulturelle Teilhabe. Der **Wohnbedarf** umfasst den regelmäßig wiederkehrenden Aufwand für Miete, allgemeine Betriebskosten und Abgaben. Zum **Schutz bei Krankheit, Schwangerschaft und Entbindung** gehören alle Sachleistungen und Vergünstigungen, die Bezieher:innen einer Ausgleichszulage im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung (KV) zukommen.

Um den **KV-Einbezug** für mindestsicherungsunterstützte Personen nach Auslaufen der BMS-Vereinbarung (Ende 2016) weiterhin gewährleisten zu können, musste die zugrundeliegende Verordnung auf Bundesebene entsprechend angepasst werden; die Geltungsdauer dieser Verordnung wurde seither jeweils um zwei Jahre (2017 und 2018) oder ein Jahr (2019, 2020 und 2021) verlängert.[6] Die Mindestsicherungsleistung der Länder besteht in der Entrichtung der KV-Beiträge für nicht versicherte Personen, die wie die anderen Versicherten eine E-Card und damit den uneingeschränkten Zugang zur Gesundheitsversorgung erhalten; teilweise zählt auch die Übernahme von Selbstbehalten und anderen Kostenbeteiligungen zur Krankenhilfe im Rahmen der Mindestsicherung.[7]

Während der Schutz im Fall von Krankheit, Schwangerschaft und Entbindung im bisherigen Umfang weitergeführt wurde, gab es bei der Sicherung des Lebensunterhalts und des Wohnbedarfs ab 2016/2017 Verschärfungen der Anspruchsvoraussetzungen und **Leistungskürzungen**, die insgesamt auch zu einer weiteren Ausdifferenzierung der Mindestsicherungsregelungen zwischen den Bundesländern geführt haben. Neben der Absenkung bestehender Mindeststandards wurden neue Mindeststandard-Kategorien mit niedrigeren Leistungshöhen ebenso eingeführt wie Deckelungen des Mindestsicherungsanspruchs pro Haushalt; zudem kam es zu einem stärkeren Einsatz von Sachleistungen.[8]

Unverändert gegenüber der BMS-Vereinbarung blieb, dass sich die Länder bei der Festlegung der Höhe der (pauschalierten) monatlichen Geldleistung (Mindeststandard) für alleinstehende und alleinerziehende Personen am **Ausgleichszulagenrichtsatz** für Alleinstehende in der Pensionsversicherung, abzüglich des KV-Beitragssatzes, orientieren und dieser Nettobetrag (2021: 949,46 Euro) wiederum als Referenzwert für die Mindeststandards der anderen Personengruppen in

6) Bundesgesetzblatt II Nr. 439/2016 (2017 und 2018), Nr. 301/2018 (2019), Nr. 419/2019 (2020) und Nr. 536/2020 (2021). Die zeitliche Befristung der Geltungsdauer resultiert daher, dass sich der Bund nicht auf Dauer dazu verpflichten will, weil er hier im Grunde eine Aufgabe der Länder übernimmt.

7) Über die Schaffung der formalen Voraussetzung für den Einbezug hinaus deckt der Bund den Differenzbetrag der Kosten ab, der sich aus den von den Ländern gezahlten Beiträgen und den tatsächlich anfallenden Ausgaben der KV für die Mindestsicherungsbezieher:innen ergibt.

8) Näheres zu den einzelnen Maßnahmen in den Bundesländern siehe *Pratscher* (2020): „Mindestsicherung der Bundesländer".

Wichtige Mindest- und Höchstbeträge für Lebensunterhalt und Wohnen pro Person und Monat in der Mindestsicherung und Sozialhilfe 2021 Tabelle 1

Bundesland	Alleinstehende bzw. Alleinerziehende	Volljährige leistungsberechtigte Personen im gemeinsamen Haushalt		Minderjährige unterhaltsberechtigte Personen mit Anspruch auf Familienbeihilfe	
		die ersten zwei Personen	ab der dritten Person	die drei ältesten Personen	ab der viertältesten Person
	in Euro				
Burgenland – MS	949,00	712,00	475,00	182,00	182,00
Kärnten – MS	949,46	712,10	474,73	170,90	142,42
Kärnten – SH	949,46	664,62	427,26	199,39	199,39
Niederösterreich – MS[1]	917,35	688,01	458,68	210,99	210,99
Niederösterreich – SH[2]	949,46	664,62	427,26	237,37	113,94
Oberösterreich – MS[1]	921,30	649,10	450,70	216,20	184,00
Oberösterreich – SH[2]	949,46	664,62	427,26	237,37	113,94
Salzburg – MS[1]	917,35	688,01	688,01	192,64	192,64
Salzburg – SH	949,46	664,62	427,26	199,39	199,39
Steiermark – MS	949,46	712,10	474,73	170,90	142,42
Steiermark – SH[3]	949,46	664,62	427,26	199,39	166,16
Tirol – MS[4]	712,10	534,07	356,05	234,99	142,42
Vorarlberg – MS[1,5]	670,73	501,08	334,07	194,69	133,96
Vorarlberg – SH[6]	949,46	664,62	427,26	256,35	161,41
Wien – MS[7]	949,46	712,10	474,73	256,35	256,35

Q: STATISTIK AUSTRIA, Mindestsicherungs- und Sozialhilferecht (Gesetze, Verordnungen, Kundmachungen) der Bundesländer. – MS = Mindestsicherung, SH = Sozialhilfe.
1) Werte unverändert gegenüber 2020. – 2) Minderjährige (pro Person): bei 1 Person 237,37 Euro, bei 2 Personen 189,89 Euro, bei 3 Personen 142,42 Euro, bei 4 Personen 118,68 Euro, bei 5 oder mehr Personen 113,94 Euro. – 3) Ab. 01.07.2021. – 4) Ohne Wohnen. Minderjährige: 234,99 Euro für die älteste und zweitälteste Person; 216,00 Euro für die drittälteste Person; 142,42 Euro für die viertälteste bis sechstälteste Person; 113,94 Euro ab der siebentältesten Person. – 5) Ohne Wohnen. Minderjährige: 194,69 Euro für die älteste bis drittälteste Person; 133,96 Euro für die viertälteste bis sechstälteste Person; 107,19 Euro ab der siebentältesten Person. – 6) Ab 01.04.2021. Minderjährige: ab der siebten Person 113,94 Euro. – 7) Die angeführten Mindeststandards für Volljährige sind jene für Personen ab dem vollendeten 25. Lebensjahr. In Wien wird bei den volljährigen Personen (seit 01.02.2018) zwischen jenen bis zum und jenen ab dem vollendeten 25. Lebensjahr unterschieden. Für 18- bis unter 25-Jährige, die sich nicht in Ausbildung/Schulung oder Beschäftigung befinden, gelten niedrigere Mindeststandards.

der Mindestsicherung dient *(Tabelle 1)*. Allerdings sind in der Mehrzahl der Länder mit eingeführter Sozialhilfe (Nieder- und Oberösterreich, Salzburg, Vorarlberg) die Beträge für jene Personen, die sich 2021 noch in der Mindestsicherung befanden, nicht mehr angepasst worden, so dass hier die Werte von 2020 weiter in Geltung blieben (da in Oberösterreich bereits 2020 keine Anpassung mehr erfolgte, sind es für dieses Bundesland die Werte aus 2019).

Sozialhilfe

Die **Zielsetzungen** des Sozialhilfe-Grundsatzgesetzes sind: Unterstützung bei der Sicherung des Lebensunterhalts und des Wohnbedarfs, Berücksichtigung integrationspolitischer und fremdenpolizeilicher Ziele, (Wieder-)Eingliederung in das Erwerbsleben und Förderung der optimalen Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes. Vermeidung und/oder Bekämpfung von Armut/sozialer Ausgrenzung/sozialen Notlagen kommt im Bundesgesetz nicht vor, wird aber in fünf der sechs Ausführungsgesetze der Länder explizit auch als Zielsetzung genannt.[9]

Subsidiarität und Bedürftigkeit bleiben die zentralen **Anspruchsvoraussetzungen** bzw. Grundsätze der Leistungsgewährung. Der anspruchsberechtigte Personenkreis ist mit jenem der Mindestsicherung weitgehend identisch; subsidiär Schutzberechtigte sind aber nunmehr explizit davon ausgenommen, ihnen steht nur mehr das Leistungsniveau der Grundversorgung zu.[10]

Im Bereich der **Leistungen** unterscheidet sich die Sozialhilfe auch am stärksten von der Mindestsicherung: An die Stelle von Mindeststandards, die überschritten werden können, treten **Höchstsätze** (Maximalbeträge). Sachleistungen sind gegenüber Geldleistungen vorrangig zu gewähren, bei der Sicherung des Wohnbedarfs hat dieser Grundsatz in der Regel zu gelten (die Überweisung der Miete an den:die Vermieter:in stellt auch eine Sachleistung dar); der Wohnbedarf ist breiter gefasst, weil auch Hausrat, Heizung und Strom inkludiert sind – Bereiche, die in der Mindestsicherung zum Lebensunterhalt zählen.

Ausgangswert für die Summe der Geld- und Sachleistungen in der Sozialhilfe ist ebenfalls der Netto-Ausgleichszulagenrichtsatz für Alleinstehende, der auch hier für Alleinerziehende gilt *(Tabelle 1)*. Die degressive Abstufung bei in Haushaltsgemeinschaften lebenden Personen wurde gegenüber der Mindestsicherung nach unten korrigiert, sodass Paaren 140 % (statt 150 %)[11] zustehen. Ab der dritten **volljährigen** Person sind 45 % (statt 50 %) des Ausgangswertes vorgesehen. Die Summe aller Geldleistungen an volljährige Bezugsberechtigte ist pro Haushaltsgemeinschaft zudem mit 175 % des Nettoausgleichszulagenrichtsatzes für Alleinstehende begrenzt.[12] Die für unterhaltsberechtigte **minderjährige** Personen mit Anspruch auf Familienbeihilfe im Grundsatzgesetz vorgesehen gewesene Staffelung wurde vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben.[13] Da eine Neuregelung im Rahmen des Grundsatzgesetzes unterblieb, können die Länder die Prozentsätze für Minderjährige seither eigenständig festsetzen. Die Mehrzahl hat an – gegenüber dem ursprünglichen Grundsatzgesetz adaptierten – Staffelungen festgehalten. Es gelten folgende Prozentsätze pro Kind: in Nieder- und Oberösterreich 25 % bei einem Kind, 20 % bei zwei Kindern, 15 % bei drei Kindern, 12,5 % bei vier Kindern und 12 % bei fünf oder mehr Kindern; in der Steiermark 21 % für das erste, zweite und dritte, 17,5 % ab dem vierten Kind; in Vorarlberg 27 % für das erste, zweite und dritte, 17 % ab dem vierten und 12 % ab dem siebenten Kind; in den beiden übrigen Ländern (Kärnten und Salzburg) wurde demgegenüber mit 21 % für jedes Kind ein einheitlicher Satz festgelegt (zu den entsprechenden Werten für 2021 *siehe Tabelle 1)*.

Für Alleinerziehende kann ein nach der Kinderzahl gestaffelter **Zuschlag** (12 % für die erste, 9 % für die zweite, 6 % für die dritte und 3 % für jede weitere minderjährige Person) vorgesehen werden; fünf Länder haben das in dieser Form gemacht, Vorarlberg hat eine abweichende Regelung getroffen (hier erhöhen sich die angeführten Sätze für Minderjährige pro minderjährige Person um 3 %, wenn diese in Haushaltsgemeinschaft mit einer allerziehenden Person leben). Im Unterschied dazu ist der Zuschlag bei minder- und volljährigen Personen mit Behinderung (Behindertenpass-Inhaber:innen) (in der Höhe von 18 % des Ausgangswertes) verpflichtend zu gewähren.

Für die Berücksichtigung eines erhöhten Wohnbedarfs besteht die Möglichkeit der **Wohnkostenpauschale**: Hier können bis zu 70 % der Basisleistung (Bemessungsgrundlage) für das Wohnen verwendet werden, wobei dieser Anteil mit 40 % pauschal bewertet wird, sodass 60 % zur Unterstützung des allgemeinen Unterhalts verbleiben. Salzburg und Vor-

9) Diese fünf sind: Kärntner Sozialhilfegesetz 2021 (Landesgesetzblatt Nr. 107/2020), NÖ Sozialhilfe-Ausführungsgesetz (Landesgesetzblatt Nr. 70/2019 i. d. F. Nr. 90/2020), OÖ Sozialhilfe-Ausführungsgesetz (Landesgesetzblatt Nr. 107/2019 i. d. F. Nr. 6/2020), Salzburger Sozialunterstützungsgesetz (Landesgesetzblatt 63/2010 i. d. F. Nr. 141/2020), Sozialleistungsgesetz (Vorarlberger Landesgesetzblatt Nr. 81/2020 i. d. F. Nr. 50/2021). Die Ausnahme ist das Steiermärkische Sozialunterstützungsgesetz (Landesgesetzblatt 51/2021 i. d. F. Nr. 117/2021).

10) Laut Grundsatzgesetz dürfen ihnen ausschließlich Kernleistungen der Sozialhilfe gewährt werden, die das Niveau der Grundversorgung nicht übersteigen; die Umsetzung auf Länder-Ebene sieht so aus, dass diese Personengruppe von der Sozialhilfe-Bezugsberechtigung ausgenommen ist, weil sie in den Bereich der Grundversorgungsgesetze fällt.

11) 2021 betrug der Betrag für Paare 1 329,24 Euro (2 x 70 % des Ausgangswertes) in der Sozialhilfe gegenüber 1 424,19 Euro (2 x 75 % des Ausgangswertes) in der Mindestsicherung.

12) Diese „Deckelungsbestimmung" kann dadurch abgemildert werden, dass bei Überschreitung der Grenze ein Mindestbetrag von bis zu 20 % des Netto-Ausgleichszulagenrichtsatzes für Alleinstehende pro Person von der anteiligen Kürzung ausgenommen wird. Eine entsprechende Bestimmung bzw. Festlegung einer solchen Untergrenze ist in allen Sozialhilfe-Ausführungsgesetzen umgesetzt worden.

13) Der Verfassungsgerichtshof (Entscheidung vom Dezember 2019) sah in dieser Staffelung (25 % für die erste und 15 % für die zweite minderjährige Personen sowie 5 % ab der dritten minderjährigen Person) eine sachlich nicht gerechtfertigte und daher verfassungswidrige Schlechterstellung von Mehrkindfamilien.

arlberg haben diese Möglichkeit analog umgesetzt, in der Steiermark erfolgt die Anhebung der Abgeltung von Wohnkosten nicht um bis zu 30 %, sondern um maximal 20 %. Die drei anderen Bundesländer sehen in ihren Sozialhilfebestimmungen keine Wohnkostenpauschale vor. Kärnten unterscheidet sich vom Grundsatzgesetz und den anderen Ländern auch darin, dass grundsätzlich nicht 40 %, sondern nur 25 % der Sozialhilfeleistung auf den Wohnbedarf entfallen.

Darüber hinaus lässt das Sozialhilfe-Grundsatzgesetz noch zu, dass die Bundesländer im Einzelfall zur Vermeidung besonderer **Härtefälle** zusätzliche Sachleistungen zur Unterstützung des allgemeinen Lebensunterhalts oder zur Abdeckung außergewöhnlicher Kosten des Wohnbedarfs gewähren.

Was schließlich die Leistungen bei **Krankheit, Schwangerschaft und Entbindung** betrifft, so wurden diese im Grundsatzgesetz nicht geregelt; in allen Sozialhilfe-Ausführungsgesetzen sind aber die aus der Mindestsicherung bekannten Bestimmungen (vor allem die KV-Beitragsübernahme für vormals nichtversicherte Leistungsbezieher:innen) zu finden.

Statistische Vorgaben und ihre Umsetzung

Mindestsicherung

Basis der **Mindestsicherungsstatistik** (MS-Statistik) ab dem Berichtsjahr 2017[14] ist ein informelles Bund-Länder-Übereinkommen, dessen Inhalte im „Handbuch Gemeinsame Statistik über die Mindestsicherung (Mindestsicherungsstatistik), Version Oktober 2017“ festgelegt sind. Nach dem Auslaufen der Bund-Länder-Vereinbarung zur Bedarfsorientierten Mindestsicherung (BMS) Ende 2016 und dem damit verbundenen Entfall der Grundlage für die Erstellung der BMS-Statistik war es gelungen, dieses Übereinkommen nicht nur im Sinne der Weiterführung, sondern auch der Qualitätsverbesserung der Statistik zu schaffen.

Die MS-Statistik **erfasst** – analog zur BMS-Statistik[15] – die Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts und des Wohnbedarfs (25 % Wohnkostenanteil und ergänzende Wohnbedarfshilfe) außerhalb stationärer Einrichtungen sowie die Krankenhilfe (Einbeziehung in die Krankenversicherung, d. h. Übernahme der Krankenversicherungsbeiträge, und allfällige sonstige Leistungen, wie z. B. Selbstbehalte). Kinder, die selbst nicht von der Mindestsicherung unterstützt werden (in der Regel wegen des den Mindeststandard übersteigenden Unterhalts), aber in einer Bedarfsgemeinschaft mit Mindestsicherungsbezug leben, werden – im Unterschied zur BMS-Statistik – ebenfalls zum erfassten Personenkreis gezählt; **neu** ist auch, dass die MS-Statistik volljährige Kinder bei den Kindern und nicht wie die BMS-Statistik bei den Erwachsenen (Frauen, Männern) ausweist.

Die im Rahmen der Wohnbauförderung gewährte Wohnbeihilfe, Betreuungs- und Pflegeleistungen, Leistungen aus dem Titel der Hilfe zur Erziehung und Erwerbsbefähigung sowie der ausschließliche Bezug von Taschengeldern und von Hilfen in besonderen Lebenslagen oder sonstigen spezifischen (einmaligen) Aushilfen (z. B. für Energiekostennachzahlungen oder Begräbniskosten) fallen weiterhin **nicht in den Erfassungsbereich**.

Eine wesentliche Qualitätsverbesserung bedeutet die **Erweiterung der Erhebungsmerkmale**: Ab 2017 stehen auf Bundesebene erstmals auch Daten zum Alter, zur Staatsangehörigkeit, zum aufenthaltsrechtlichen Status, zum Erwerbsstatus, zu den angerechneten Einkünften, zu Teil- und Vollbezug sowie zu Sanktionen und Leistungen zum Arbeitsanreiz zur Verfügung. Ebenfalls neu sind die **zusätzlichen zeitlichen Darstellungsformen**: Gab es in der BMS-Statistik nur Jahressummen, so liegen nun auch Angaben zu Monaten (April und November) und zum Jahresdurchschnitt (Mittelwert der Monate) vor.

Nicht zuletzt stellen der mit der MS-Statistik eingeleitete Umstieg von der Aggregatdatenübermittlung auf die Zurverfügungstellung von (pseudonymisierten) **Einzeldaten** und die frühere Verfügbarkeit dieser Daten wesentliche qualitative Weiterentwicklungen dar. Die **Datenübermittlung** der Länder an Statistik Austria wurde auf spätestens Ende April und die Erstellung der Statistikergebnisse (durch Statistik Austria) auf spätestens Ende Juni des Folgejahres vorverlegt.

Sozialhilfe

Grundlage für die (neue)[16] **Sozialhilfestatistik** (SH-Statistik) ab dem Berichtsjahr 2020 ist neben dem eingangs erwähnten Sozialhilfe-Statistikgesetz das „Handbuch Sozialhilfestatistik ab dem Berichtsjahr 2020. Stand: 28.01.2020“; letzteres ist, aufbauend auf dem Handbuch zur MS-Statistik, ebenfalls in Zusammenarbeit zwischen Bundesländern, Sozialministerium und Statistik Austria entstanden.

Die Länder werden erstmals in diesem Bereich zur Übermittlung von **monatlichen (pseudonymisierten) Einzeldaten** verpflichtet. Die **Erhebungsmerkmale** sind mit jenen der MS-Statistik weitgehend identisch, in einigen Punkten aber erweitert bzw. abgeändert worden: **Neu** zu erheben sind die Staatsangehörigkeit und der Geburtsort der leiblichen Eltern der Sozialhilfe beziehenden Person sowie die Höhe und Art der Geld- und Sachleistungen (sowohl auf Personen- als auch auf Haushaltsgemeinschaftsebene). Bei den Leistungen kommen als Neuerungen der Alleinerzieher:innenzuschlag und der Behindertenzuschlag hinzu, deren Erfassung zwar nicht gemäß Sozialhilfe-Statistikgesetz, aber laut Handbuch vorgesehen ist.

Die Haushaltsgemeinschaft tritt vom Gesetz her grundsätzlich an die Stelle der Bedarfsgemeinschaft als maßgebliche

14) Zu den Berichtsjahren 2017 bis 2019 (MS-Statistik) siehe die Statistische Nachrichten 01/2019, S. 39 ff., 11/2019, S. 846 ff. und 11/2020, S. 818 ff.

15) Zu den Berichtsjahren 2011 bis 2016 (BMS-Statistik) siehe Statistische Nachrichten 01/2013, S. 63 ff., 12/2013, S. 1126 ff., 12/2014, S. 914 ff., 11/2015, S. 867 ff., 11/2016, S. 846 ff. und 10/2017, S. 836 ff.

16) Im Unterschied zur alten Sozialhilfestatistik, die es vor Einführung der BMS-Statistik bis zum Berichtsjahr 2010 gab, und die mit der neuen Sozialhilfestatistik in der Form nicht vergleichbar ist.

Erhebungseinheit (neben der Person); da die Länder die Bedarfsgemeinschaft aber weiterhin als Leistungseinheit bzw. zur Leistungsbemessung heranziehen, werden die Daten, so ist es im Handbuch festgehalten, de facto in der Regel auch weiterhin auf dieser Ebene zur Verfügung gestellt werden. Anders bzw. genauer erhoben wird in der SH-Statistik die Bezugsdauer: Die kleinste Bezugsperiode ist nicht mehr wie in der MS-Statistik der Monat, sondern der Tag (als Erhebungsmerkmale sind das Beginn- und das Enddatum des Bezugs im jeweiligen Monat zu melden).

Umsetzung

Für die Erstellung der Mindestsicherungs- und Sozialhilfestatistik 2021 standen von sieben Bundesländern (Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Tirol, Wien) **Einzeldaten**, von den zwei anderen (Steiermark, Vorarlberg) **aggregierte Daten** zur Verfügung; in den Vorjahren war die Relation noch sechs zu drei gewesen (Niederösterreich wechselte von den Aggregat- zu den Einzeldatenbundesländern). Bei den Ländern mit Mindestsicherung und Sozialhilfe im Berichtsjahr wurde die integrierte Statistik der gemeinsamen Merkmale entweder aus den übermittelten Datensätzen erstellt (Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg) oder von diesen selbst zur Verfügung gestellt (Steiermark, Vorarlberg).

Wie für die Vorjahre gilt, dass die statistischen Ergebnisse auf Basis der Einzeldaten nur geringfügige Lücken aufweisen (Burgenland, Niederösterreich),[17] während im Bereich der übermittelten Aggregatdaten erhebliche Teile unvollständig sind bzw. auch in ihrer sonstigen **Datenqualität** nicht zur Gänze den Vorgaben entsprechen (Vorarlberg).[18] Indem die Einzeldatenfundierung gegenüber dem Vorjahr durch ein weiteres Bundesland zugenommen hat, konnte die Datenqualität aber insgesamt deutlich gesteigert werden.

Bis auf eine langten die Datenübermittlungen rechtzeitig ein, allerdings waren infolge der Plausibilitätsprüfungen teilweise neuerliche Übermittlungen erforderlich. Der tabellarische Teil der Statistik konnte Ende Juni fertiggestellt und an das Sozialministerium als Auftraggeber übermittelt werden.

Statistische Ergebnisse

Die Mindestsicherungs- und Sozialhilfestatistik 2021 ist auf der Website von Statistik Austria[19] veröffentlicht; über den Link zum Sozialministerium können die an den Auftraggeber erstellten Berichte zur aktuellen Statistik und den Vorjahresstatistiken abgerufen werden.

Die folgende Darstellung konzentriert sich auf die wichtigsten Ergebnisse zu Umfang und Struktur des Leistungsbezugs sowie zur Höhe des Leistungsanspruchs und der Ausgaben, wobei neben 2021 auch auf Veränderungen zum Vorjahr bzw. den Vorjahren eingegangen wird.

Umfang und Struktur des Leistungsbezugs

Personen und Bedarfsgemeinschaften – Jahressumme

2021 lebten insgesamt 264 752 Personen in 151 922 von der Mindestsicherung oder Sozialhilfe unterstützten Bedarfsgemeinschaften.[20] Die Anzahl der Personen nahm gegenüber dem Vorjahr um 12 898 (-4,6 %), jene der Bedarfsgemeinschaften um 4 635 (-3,0 %) ab. Seit 2017, dem ersten Jahr der Mindestsicherungsstatistik, summierte sich der Rückgang bei den Personen auf 67 484 (-20,3 %) und bei den Bedarfsgemeinschaften auf 33 064 (-17,9 %); er war, unterschiedlich ausgeprägt, in allen Bundesländern zu beobachten *(Tabelle 2)*.

Während die **rückläufige Entwicklung** im Zeitraum **2017 bis 2019** vor allem auf die verbesserte Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage zurückzuführen war, haben in den Corona-Jahren **2020 und 2021** die Maßnahmen zur Krisenbewältigung – Einmalzahlungen an Arbeitslose, befristete Anhebung der Notstandshilfe, Mietstundungen, Kurzarbeitsbeihilfe, diverse Wirtschaftshilfen – wesentlich dazu beigetragen, dass die nachgelagerten Sozialleistungssysteme Mindestsicherung und Sozialhilfe nicht in verstärktem Ausmaß in Anspruch genommen werden mussten, sondern der Leistungsbezug sogar weiter abnahm; 2021 kamen die wirtschaftliche Erholung und der Rückgang der Arbeitslosigkeit wieder als begünstigende Faktoren hinzu.

Für die Betrachtung der Entwicklung **seit 2012**, dem ersten Jahr der BMS-Statistik,[21] müssen die Daten um die Anzahl der nicht unterstützten Kinder bereinigt werden.[22] 2021 lag die **adaptierte Jahressumme** bei 245 928 unterstützten Personen;[23] das waren um 14 186 (-5,5 %) weniger als im

17) Burgenland: fehlende Untergliederungen bei den (Nicht-)Erwerbstätigen; Niederösterreich: fehlende Personenangaben im Bereich Einbeziehung in die Krankenversicherung; ohne – die geringe Zahl an – Bedarfsgemeinschaften/Personen (37/53 insgesamt), die 2021 noch ausschließlich Mindestsicherung bezogen haben.

18) Fehlende Angaben vor allem zu Kindern, zum Erwerbsstatus, zu den angerechneten Einkünften, zu Teil-/Vollbezug, zu den Bedarfsgemeinschaftskategorien und zur Höhe des Leistungsbezugs. Demgegenüber fehlen bei der Steiermark, dem anderen Bundesland mit übermittelten Aggregatdaten, nur einige wenige Angaben (Arbeitsanreiz, Teile von Bedarfsgemeinschaftskategorien).

19) Siehe www.statistik.at > Statistiken > Bevölkerung und Soziales > Sozialleistungen > Mindestsicherung und Sozialhilfe.

20) Der Begriff der Bedarfsgemeinschaft bezeichnet jene Personen, denen gemeinsam eine Leistung zuerkannt wird (Einheit der Leistungsbemessung in der Mindestsicherung/Sozialhilfe). Die Bedarfsgemeinschaft kann eine oder mehrere Personen umfassen, in einem Haushalt kann mehr als eine Bedarfsgemeinschaft vorkommen.

21) 2012 war das erste vollständige Berichtsjahr dieser Statistik (die BMS-Einführung in den Bundesländern dauerte von Anfang September 2010 bis Anfang Oktober 2011).

22) Im Fall Vorarlbergs und der Steiermark war diese Bereinigung nicht bzw. nicht durchgängig möglich, für beide Länder sind daher die nicht unterstützten Kinder in der Zeitreihe 2012–2021 enthalten geblieben.

23) 2021 betrug die Zahl der (minder- und volljährigen) Kinder, die in Bedarfsgemeinschaftshaushalten mit Mindestsicherungs- bzw. Sozialhilfebezug lebten, diese Unterstützung selbst aber nicht bezogen, 20 568 (2020: 19 218); zu den 18 824, die sich aus der Differenz der beiden Gesamtsummen (264 752 minus 245 928) ergeben, muss noch die Anzahl der nicht unterstützten Kinder in der Steiermark (1 744) hinzugerechnet werden.

Personen und Bedarfsgemeinschaften in der Mindestsicherung und Sozialhilfe 2017 bis 2021[1]

Tabelle 2

Bundesland	Anzahl[2]					Veränderung in %				
	2017	2018	2019	2020	2021	2017/18	2018/19	2019/20	2020/21	2017/21
Personen	**332 236**	**310 716**	**287 593**	**277 650**	**264 752**	***-6,5***	***-7,4***	***-3,5***	***-4,6***	***-20,3***
Burgenland	3 941	3 296	3 055	2 753	2 610	*-16,4*	*-7,3*	*-9,9*	*-5,2*	*-33,8*
Kärnten[3]	6 521	7 498	7 084	6 630	5 960	*15,0*	*-5,5*	*-6,4*	*-10,1*	*-8,6*
Niederösterreich[4]	28 798	25 620	24 349	22 100	18 816	*-11,0*	*-5,0*	*-9,2*	*-14,9*	*-34,7*
Oberösterreich	22 538	20 966	18 041	16 428	12 288	*-7,0*	*-14,0*	*-8,9*	*-25,2*	*-45,5*
Salzburg	14 387	13 390	11 947	11 197	9 638	*-6,9*	*-10,8*	*-6,3*	*-13,9*	*-33,0*
Steiermark	27 784	25 455	22 904	22 313	21 194	*-8,4*	*-10,0*	*-2,6*	*-5,0*	*-23,7*
Tirol	19 406	18 277	16 812	15 680	15 169	*-5,8*	*-8,0*	*-6,7*	*-3,3*	*-21,8*
Vorarlberg	13 623	13 180	12 084	10 832	9 854	*-3,3*	*-8,3*	*-10,4*	*-9,0*	*-27,7*
Wien	195 238	183 034	171 317	169 717	169 223	*-6,3*	*-6,4*	*-0,9*	*-0,3*	*-13,3*
Bedarfsgemeinschaften[5]	**184 986**	**172 447**	**154 058**	**156 557**	**151 922**	***-6,8***	***-10,7***	***1,6***	***-3,0***	***-17,9***
Burgenland	2 180	1 835	1 733	1 602	1 508	*-15,8*	*-5,6*	*-7,6*	*-5,9*	*-30,8*
Kärnten[6]	4 193	4 176	3 956	3 710	3 682	*-0,4*	*-5,3*	*-6,2*	*-0,8*	*-12,2*
Niederösterreich[7]	13 819	12 200	11 428	11 700	11 819	*-11,7*	*-6,3*	*2,4*	*1,0*	*-14,5*
Oberösterreich	11 389	10 530	9 266	8 797	7 059	*-7,5*	*-12,0*	*-5,1*	*-19,8*	*-38,0*
Salzburg	8 278	7 599	6 736	6 365	5 440	*-8,2*	*-11,4*	*-5,5*	*-14,5*	*-34,3*
Steiermark	14 219	13 128	11 925	12 096	10 938	*-7,7*	*-9,2*	*1,4*	*-9,6*	*-23,1*
Tirol	10 166	9 102	8 096	7 530	7 569	*-10,5*	*-11,1*	*-7,0*	*0,5*	*-25,5*
Vorarlberg	6 080	5 751	5 160	4 690	4 294	*-5,4*	*-10,3*	*-9,1*	*-8,4*	*-29,4*
Wien	114 662	108 126	95 758	100 067	99 613	*-5,7*	*-11,4*	*4,5*	*-0,5*	*-13,1*

Q: STATISTIK AUSTRIA, Mindestsicherungs- und Sozialhilfestatistik.
1) 2017 bis 2019 in allen Bundesländern Mindestsicherung, 2020 in Nieder- und Oberösterreich, 2021 in weiteren vier Bundesländern Mindestsicherung und Sozialhilfe (in Burgenland, Tirol und Wien wurde die Umsetzung der Sozialhilfe nach dem Sozialhilfe-Grundsatzgesetz bzw. Sozialhilfe-Statistikgesetz auch 2021 nicht begonnen). – 2) Jahressummen. – 3) 2017 ohne nicht unterstützte Kinder in Bedarfsgemeinschaftshaushalten mit Mindestsicherungsbezug. – 4) 2017–2020: ohne nicht unterstützte Kinder in Bedarfsgemeinschaftshaushalten mit Mindestsicherungsbezug; 2020: geschätzte Jahressumme; 2021: ohne jene Personen, die noch ausschließlich Mindestsicherung bezogen haben (insgesamt 53). – 5) Die Bedarfsgemeinschaft ist die Einheit der Leistungsbemessung in der Mindestsicherung/Sozialhilfe. Eine Bedarfsgemeinschaft kann eine oder mehrere Personen umfassen; ein Haushalt kann aus mehr als einer Bedarfsgemeinschaft bestehen. – 6) 2017: geschätzte Jahressumme. – 7) 2020: geschätzte Jahressumme; 2021: ohne jene Bedarfsgemeinschaften, die noch ausschließlich Mindestsicherung bezogen haben (insgesamt 37).

Personen in der Mindestsicherung und Sozialhilfe 2012 bis 2021[1]

Tabelle 3

Bundesland	Anzahl[2]									
	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Insgesamt	**221 341**	**238 392**	**256 405**	**284 374**	**307 533**	**307 854**	**289 646**	**267 683**	**260 114**	**245 928**
Burgenland	3 023	3 203	3 424	3 776	3 851	3 775	3 257	3 001	2 692	2 549
Kärnten	4 979	5 020	5 186	5 498	6 209	6 521	6 711	6 356	5 725	5 268
Niederösterreich[3]	18 966	21 407	24 138	26 551	30 566	28 798	25 620	24 349	22 100	16 722
Oberösterreich	14 214	16 200	17 594	19 587	20 379	20 421	18 941	16 252	14 715	10 949
Salzburg	12 039	12 468	13 376	14 358	14 728	13 929	12 967	11 577	10 846	8 817
Steiermark[4]	19 552	22 104	25 604	28 704	28 702	27 784	25 455	22 904	22 313	21 194
Tirol	13 465	14 258	15 220	15 914	16 536	17 486	16 232	15 413	15 144	14 620
Vorarlberg[4]	8 583	9 523	10 289	11 611	13 078	13 623	13 180	12 084	10 832	9 854
Wien[5]	126 520	134 209	141 574	158 375	173 484	175 517	167 283	155 747	155 747	155 955
Bundesland	Veränderung in %									
	2012/13	2013/14	2014/15	2015/16	2016/17	2017/18	2018/19	2019/20	2020/21	2012/21
Insgesamt	***7,7***	***7,6***	***10,9***	***8,1***	***0,1***	***-5,9***	***-7,6***	***-2,8***	***-5,5***	***11,1***
Burgenland	*6,0*	*6,9*	*10,3*	*2,0*	*-2,0*	*-13,7*	*-7,9*	*-10,3*	*-5,3*	*-15,7*
Kärnten	*0,8*	*3,3*	*6,0*	*12,9*	*5,0*	*2,9*	*-5,3*	*-9,9*	*-8,0*	*5,8*
Niederösterreich	*12,9*	*12,8*	*10,0*	*15,1*	*-5,8*	*-11,0*	*-5,0*	*-9,2*	*-24,3*	*-11,8*
Oberösterreich	*14,0*	*8,6*	*11,3*	*4,0*	*0,2*	*-7,2*	*-14,2*	*-9,5*	*-25,6*	*-23,0*
Salzburg	*3,6*	*7,3*	*7,3*	*2,6*	*-5,4*	*-6,9*	*-10,7*	*-6,3*	*-18,7*	*-26,8*
Steiermark	*13,1*	*15,8*	*12,1*	*0,0*	*-3,2*	*-8,4*	*-10,0*	*-2,6*	*-5,0*	*8,4*
Tirol	*5,9*	*6,7*	*4,6*	*3,9*	*5,7*	*-7,2*	*-5,0*	*-1,7*	*-3,5*	*8,6*
Vorarlberg	*11,0*	*8,0*	*12,8*	*12,6*	*4,2*	*-3,3*	*-8,3*	*-10,4*	*-9,0*	*14,8*
Wien	*6,1*	*5,5*	*11,9*	*9,5*	*1,2*	*-4,7*	*-6,9*	*0,0*	*0,1*	*23,3*

Q: STATISTIK AUSTRIA, Mindestsicherungs- und Sozialhilfestatistik.
1) 2012 bis 2019 in allen Bundesländern Mindestsicherung, 2020 in Nieder- und Oberösterreich, 2021 in weiteren vier Bundesländern Mindestsicherung und Sozialhilfe (in Burgenland, Tirol und Wien wurde die Umsetzung der Sozialhilfe nach dem Sozialhilfe-Grundsatzgesetz bzw. Sozialhilfe-Statistikgesetz auch 2021 nicht begonnen). – 2) Jahressummen. – 3) 2020: geschätzte Jahressumme; 2021: ohne jene Personen, die noch ausschließlich Mindestsicherung bezogen haben (insgesamt 53). – 4) Einschließlich der Kinder, die nicht von der Mindestsicherung/Sozialhilfe unterstützt werden (z. B. wegen Unterhaltsleistungen), aber in Bedarfsgemeinschaftshaushalten mit Mindestsicherungs-(Sozialhilfe-)bezug leben. – 5) 2019 und 2020: identer Wert nach Abzug der nicht unterstützten Kinder.

Vorjahr und um 61 926 (-20,1 %) weniger als 2017, aber um 24 587 (+11,1 %) mehr als 2012 *(Tabelle 3)*.[24]

Der **Gesamtanstieg** im Zeitraum 2012 bis 2021 resultiert somit zur Gänze aus den starken Zuwächsen, die in den ersten vier Jahren beim BMS-Leistungsbezug zu verzeichnen waren und folgende Gründe haben: Ausweitung des anspruchsberechtigten Personenkreises durch die höheren Mindeststandards und andere systemische Verbesserungen im Vergleich zur (alten) Sozialhilfe (z. B. Einschränkung des Regresses) einerseits, Verschlechterung der Arbeitsmarktlage (vor allem starke Zunahme der Arbeitslosigkeit), Anstieg bei den Wohnungs- und Lebenshaltungskosten, aber auch das

24) Bei den Bedarfsgemeinschaften betrug die Veränderung im Zeitraum 2012 bis 2021 +18 209 bzw. +13,6 %.

Zusammentreffen multipler Problemlagen (Krankheit, Ausbildungsdefizite, fehlende Kinderbetreuungseinrichtungen etc.) andererseits.[25])

Räumlich gesehen, verlief die Entwicklung seit 2012 zum Teil sehr unterschiedlich: Der Zuwachs (+11,1 %) wurde, angeführt von Wien (+23,3 %) und Vorarlberg (+14,8 %), von fünf **Bundesländern** (zusätzlich Tirol, Steiermark und Kärnten) getragen, während die anderen deutliche Rückgänge verzeichneten (am stärksten Salzburg und Oberösterreich mit -26,8 % bzw. -23,0 %).[26]

Personen – Jahresdurchschnitt

Da bei weitem nicht alle Personen ganzjährig auf die Mindestsicherung/Sozialhilfe angewiesen sind, ist der Jahresdurchschnitt (Mittelwert der Monate) deutlich niedriger als die Jahressumme, in der jede Person unabhängig von der Länge ihrer Verweildauer erfasst wird.

2021 wurden pro Monat durchschnittlich 199 173 Personen unterstützt, um 7 949 (-3,8 %) weniger als im Vorjahr; die **Abnahme** war in allen Bundesländern gegeben und reichte, prozentuell gesehen, von 0,5 % in Wien bis 19,0 % in Salzburg. Seit 2017 betrug der Rückgang insgesamt 16,8 % (-40 307 Personen); mit fast der Hälfte weniger Unterstützten fiel er in Oberösterreich (-48,7 %) am stärksten und in der Bundeshauptstadt (-9,7 %) am geringsten aus *(Tabelle 4)*.

Wien lag mit einer **Bezugsquote** von 7,1 % weit vor den anderen Bundesländern, deren Anteil der Personen in der Mindestsicherung/Sozialhilfe an der Bevölkerung von 0,5 % (Oberösterreich) bis 1,4 % (Tirol) reichte (Durchschnitt: 2,2 %). Mehr als zwei Drittel hatten ihren Wohnsitz in der Hauptstadt, außerhalb Wiens lebten pro Bundesland zwischen 1 % (Burgenland) und 8 % (Steiermark) der insgesamt in Österreich unterstützten Personen.

Wie in den Vorjahren gab es auch 2021 mehr **weibliche** (51 %) als männliche (49 %) Bezieher:innen *(Tabelle 5)*. Der **Kinder**-Anteil (36 %) ging leicht zurück (2020: 37 %); er war in Tirol (44 %) am höchsten und in Kärnten (31 %) am niedrigsten (*Grafik 1)*. 82 % (wie 2020) der Kinder wurden direkt im Rahmen der Mindestsicherung/Sozialhilfe unterstützt, die restlichen 18 % erhielten ihren Bedarf durch andere Zahlungen (vor allem Unterhaltsleistungen) gedeckt; 95 % (2020: 94 %) waren minderjährige, 5 % volljährige Kinder.[27]

Analog zum Vorjahr stand mehr als die Hälfte der Personen mit Mindestsicherungs- bzw. Sozialhilfebezug (54 %) im Haupterwerbsalter, 36 % waren jünger als 19 und 10 % 61 Jahre oder älter.

Ebenfalls unverändert zu 2020 bezogen mehr Personen aus Drittstaaten (46 %) als österreichische **Staatsangehörige** (45 %) Mindestsicherung/Sozialhilfe *(Tabelle 5)*. Der Rest setzte sich aus EU-/EWR-/Schweizer-Staatsangehörigen

25) Vgl. näher dazu die vom Sozialministerium herausgegebenen Berichte des Arbeitskreises Bedarfsorientierte Mindestsicherung sowie die von den Bundesländern veröffentlichten Sozialberichte und -statistiken für diesen Zeitraum.

26) Bei den Bedarfsgemeinschaften (2012–2021: +13,6 %) waren ebenfalls Wien (+24,9 %) und Salzburg (-24,0 %) die Pole der stark unterschiedlichen Entwicklung.

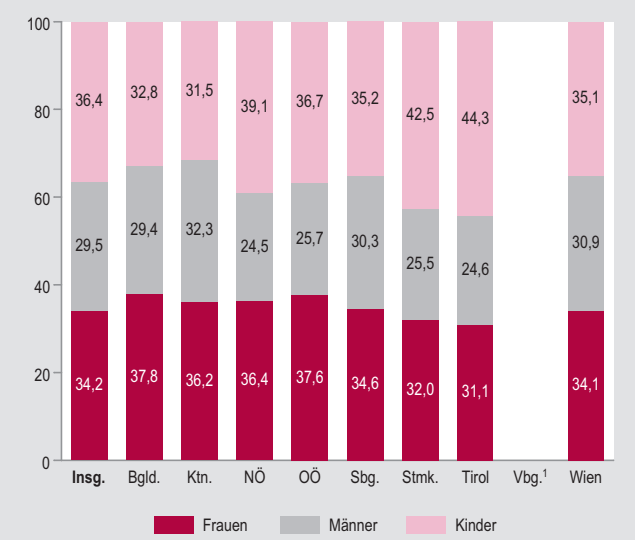
27) Die Prozentanteile zu unterstützt bzw. nicht unterstützt und minderjährig bzw. volljährig beziehen sich auf die Zahl von 70 590 Kindern im Jahresdurchschnitt (ohne Vorarlberg). Der Referenzwert für den Kinder-Anteil sind 194 007 Personen (wiederum ohne Vorarlberg, weil für dieses Bundesland auch die Angaben zu den Frauen und Männern fehlen).

Personen und Bedarfsgemeinschaften in der Mindestsicherung und Sozialhilfe im Jahresdurchschnitt 2021[1] Tabelle 4

Bundesland	Anzahl	Anteil in %	Veränderung in % gegenüber ...	
			2020	2017
Personen	**199 173**	***100,0***	**-3,8**	***-16,8***
Burgenland	2 004	*1,0*	-5,8	*-29,8*
Kärnten	3 899	*2,0*	-9,6	*-30,9*
Niederösterreich	13 270	*6,7*	-8,7	*-23,7*
Oberösterreich	7 562	*3,8*	-18,3	*-48,7*
Salzburg	5 977	*3,0*	-19,0	*-34,4*
Steiermark	15 192	*7,6*	-6,8	*-17,4*
Tirol	10 456	*5,2*	-3,4	*-20,1*
Vorarlberg	5 167	*2,6*	-15,5	*-36,1*
Wien	135 648	*68,1*	-0,5	*-9,7*
Bedarfsgemeinschaften[2]	**106 609**	***100,0***	**-1,3**	***-16,2***
Burgenland	1 163	*1,1*	-6,4	*-27,0*
Kärnten	2 262	*2,1*	-6,0	*-7,5*
Niederösterreich	6 752	*6,3*	-12,5	*-20,6*
Oberösterreich	4 288	*4,0*	-15,0	*-42,5*
Salzburg	3 398	*3,2*	-17,6	*-34,0*
Steiermark	7 659	*7,2*	-6,3	*-17,5*
Tirol	4 792	*4,5*	-0,2	*-24,6*
Vorarlberg	2 180	*2,0*	-12,4	*-34,3*
Wien	74 117	*69,5*	3,0	*-10,9*

Q: STATISTIK AUSTRIA, Mindestsicherungs- und Sozialhilfestatistik.
1) In Burgenland, Tirol und Wien weiterhin Mindestsicherung (in diesen Bundesländern wurde die Umsetzung der Sozialhilfe nach dem Sozialhilfe-Grundsatzgesetz bzw. Sozialhilfe-Statistikgesetz auch 2021 nicht begonnen). – 2) Die Bedarfsgemeinschaft ist die Einheit der Leistungsbemessung in der Mindestsicherung/Sozialhilfe. Eine Bedarfsgemeinschaft kann eine oder mehrere Personen umfassen; ein Haushalt kann aus mehr als einer Bedarfsgemeinschaft bestehen.

Personen in der Mindestsicherung/Sozialhilfe 2021 in Prozent (Jahresdurchschnitt) Grafik 1



Q: STATISTIK AUSTRIA, Mindestsicherungs- und Sozialhilfestatistik. – Rundungsdifferenzen.
1) Angaben nicht verfügbar.

Anzahl der Personen in der Mindestsicherung und Sozialhilfe im Jahresdurchschnitt 2021[1]

Tabelle 5

Merkmal	Insgesamt[2]	Burgenland	Kärnten	Niederösterreich	Oberösterreich	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg[3]	Wien
Insgesamt	**199 173**	**2 004**	**3 899**	**13 270**	**7 562**	**5 977**	**15 192**	**10 456**	**5 167**	**135 648**
Geschlecht										
Weiblich	102 369	1 085	1 994	7 366	4 220	3 130	7 125	5 517	2 663	69 270
Männlich	96 804	918	1 905	5 904	3 342	2 847	8 067	4 939	2 504	66 379
Frauen/Männer/Kinder										
Frauen	66 265	758	1 411	4 832	2 844	2 065	4 859	3 247	.	46 248
Männer	57 152	589	1 260	3 255	1 943	1 810	3 871	2 576	.	41 848
Kinder	70 590	657	1 228	5 183	2 774	2 102	6 463	4 632	.	47 552
Minderjährige Kinder	66 941	615	1 043	4 633	2 609	2 044	5 519	4 358	.	46 120
Volljährige Kinder	3 649	42	186	550	165	58	944	274	.	1 431
Unterstützte Kinder	58 023	618	860	3 915	2 018	1 659	5 269	4 263	.	39 422
Nicht unterstützte Kinder	12 568	39	368	1 268	756	443	1 194	369	.	8 130
Altersgruppe										
0–14 Jahre	58 845	540	868	4 029	2 267	1 749	4 689	3 892	1 733	39 077
15–18 Jahre	13 268	100	251	858	434	371	1 057	684	386	9 127
19–25 Jahre	18 032	177	438	1 111	609	487	1 417	885	551	12 359
26–35 Jahre	30 304	319	609	1 834	1 108	874	2 228	1 656	745	20 930
36–45 Jahre	26 679	260	483	1 786	939	872	1 981	1 499	676	18 184
46–55 Jahre	21 146	279	517	1 610	836	654	1 778	892	478	14 102
56–60 Jahre	10 663	167	313	971	525	352	889	403	210	6 832
61–65 Jahre	7 600	90	178	513	284	237	503	239	172	5 385
66+ Jahre	12 637	72	243	559	561	380	650	305	216	9 652
Staatsangehörigkeit(sgruppe)										
Österreichische Staatsangehörige	89 065	1 342	2 118	7 427	4 027	3 044	7 334	3 993	1 877	57 902
EU 13[4]	2 864	26	68	181	123	162	191	432	176	1 504
EU-NMS 10[5]	4 869	125	43	359	166	56	343	198	56	3 523
EU-NMS 3[6]	6 103	38	31	378	180	109	540	184	125	4 518
Sonstige EWR-Staaten[7] und Schweiz	173	1	1	10	2	9	3	21	7	119
Drittstaaten[8]	92 442	363	1 579	4 741	2 934	2 535	6 672	5 404	2 856	65 357
Sonstige[9]	3 658	108	58	173	130	61	110	223	70	2 726
Aufenthaltsrechtlicher Status										
Asylberechtigte[10]	67 544	332	1 250	4 156	2 492	2 108	5 421	3 902	2 010	45 872
Subsidiär Schutzberechtigte[11]	8 145	1	106	11	7	0	104	726	300	6 890
Sonstige[12]	123 485	1 670	2 543	9 103	5 064	3 869	9 667	5 828	2 857	82 886

Q: STATISTIK AUSTRIA, Mindestsicherungs- und Sozialhilfestatistik.
1) In Burgenland, Tirol und Wien weiterhin Mindestsicherung (in diesen Bundesländern wurde die Umsetzung der Sozialhilfe nach dem Sozialhilfe-Grundsatzgesetz bzw. Sozialhilfe-Statistikgesetz auch 2021 nicht begonnen. – 2) Untergliederungen Frauen/Männer/Kinder ohne Vorarlberg. – 3) Angaben zu Frauen/Männer/Kinder nicht verfügbar. – 4) Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Portugal, Schweden, Spanien. – 5) Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn, Zypern. – 6) Bulgarien, Kroatien, Rumänien. – 7) Island, Norwegen, Liechtenstein, Vereinigtes Königreich. – 8) Weder EU, EWR, Schweiz, Staatenlose oder unbekannte Staatsangehörigkeit. – 9) Staatenlose und Personen mit unbekannter Staatsangehörigkeit. – 10) Personen, denen nach Durchlaufen des Asylverfahrens Asyl gewährt wurde. – 11) Personen, deren Asylantrag abgelehnt wurde, die aber subsidiären Schutz erhielten, weil ihr Leben im Herkunftsland bedroht wird. –12) Vor allem österreichische Staatsangehörige.

(7 %) und sonstigen Personen (2 %; unbekannte Staatsangehörigkeit, staatenlos) zusammen. Einen überdurchschnittlich hohen Anteil an nicht-österreichischen Bezieher:innen gab es wieder in Vorarlberg (64 %) und Tirol (62 %), vergleichsweise wenige im Burgenland (33 %); Wien (57 %) lag etwas über dem Durchschnitt.

38 % (2020: 37 %) der Personen in der Mindestsicherung/Sozialhilfe waren **Asylberechtigte** (34 %) oder **subsidiär Schutzberechtigte** (4 %), mit ebenfalls überdurchschnittlich hohen Anteilen in Vorarlberg (45 %) und Tirol (44 %) sowie einem geringen im Burgenland (17 %; Wien: 39 %).

Die meisten Personen standen auch 2021 länger als ein halbes Jahr im Leistungsbezug *(Tabelle 6)*: 73 % wurden sieben bis zwölf, 13 % vier bis sechs und die restlichen 14 % maximal drei Monate lang von der Mindestsicherung/Sozialhilfe unterstützt (2020: 74 %; 17 %; 14 %);[28] die durchschnittliche **Bezugsdauer**[29] betrug 9,0 Monate (wie im Jahr 2020).

Die Unterschiede zwischen den Bundesländern blieben beträchtlich *(Grafik 2)*: Während in Wien 80 % der Personen länger als ein halbes Jahr Hilfe erhielten, waren es in der Mehrzahl der Bundesländer weniger als zwei Drittel. Dementsprechend lag die durchschnittliche Bezugsdauer in der Bundeshauptstadt mit 9,6 Monaten (wie 2020) großteils deutlich über jener der anderen Bundesländer mit Werten zwischen 6,1 (Vorarlberg) und 9,2 Monaten (Burgenland). In Wien hatten von den im Jahr 2021 unterstützten Personen knapp zwei Drittel eine Bezugsdauer von 20 oder mehr Monaten, während der entsprechende Anteil ansonsten von 39 % (Oberösterreich) bis 61 % (Burgenland) reichte.

Ähnlich zum Vorjahr standen 57 % (2020: 58 %) der Personen in der Mindestsicherung/Sozialhilfe dem **Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung**, während 35 % (2020: 34 %) **erwerbs-**

28) Hatten Personen mehrere, während des Jahres unterbrochene Bezüge, so wurden diese zusammengefasst und den drei Kategorien entsprechend zugeordnet (eine Bezugsdauer von länger als 6 aber kürzer als 7 vollen Monaten zählt zur Kategorie 7–12 Monate; Analoges gilt für die beiden anderen Kategorien der Bezugsdauer).

29) Ebenfalls ausschließlich bezogen auf 2021, d. h. ohne Berücksichtigung früherer Bezugsperioden.

Dauer des Mindestsicherungs- und Sozialhilfebezugs 2021[1]

Tabelle 6

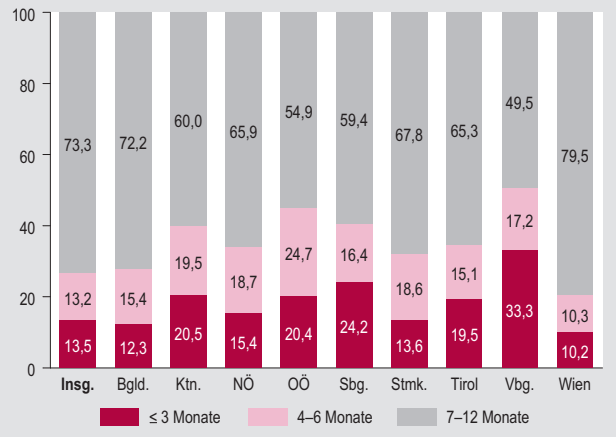
Bundesland	Insgesamt	Davon[2]			20 oder mehr Monate in den letzten 2 Jahren[3]	Ø Bezugsdauer[4] in Monaten
		bis 3 Monate	4 bis 6 Monate	7 bis 12 Monate		
	Anzahl der Personen					
Insgesamt	**264 752**	**35 615**	**35 065**	**194 072**	**145 122**	**9,0**
Burgenland	2 610	322	403	1 885	1 583	9,2
Kärnten	5 960	1 219	1 163	3 578	2 780	7,9
Niederösterreich	18 816	2 904	3 515	12 397	.	8,5
Oberösterreich	12 288	2 506	3 041	6 741	4 783	7,4
Salzburg	9 638	2 333	1 582	5 723	4 781	7,4
Steiermark	21 194	2 878	3 946	14 370	12 321	8,3
Tirol	15 169	2 964	2 295	9 910	7 634	8,3
Vorarlberg	9 854	3 286	1 693	4 875	.	6,1
Wien	169 223	17 203	17 427	134 593	111 240	9,6

Q: STATISTIK AUSTRIA, Mindestsicherungs- und Sozialhilfestatistik.
1) In Burgenland, Tirol und Wien weiterhin Mindestsicherung (in diesen Bundesländern wurde die Umsetzung der Sozialhilfe nach dem Sozialhilfe-Grundsatzgesetz bzw. Sozialhilfe-Statistikgesetz auch 2021 nicht begonnen). – 2) Bezugsdauer bezogen ausschließlich auf das Jahr 2021, ohne frühere Leistungsbezüge. – 3) Personen, die, ausgehend von ihrem jeweiligen Letztbezugsmonat im Jahr 2021, innerhalb der letzten 2 Jahre einen Leistungsbezug von 20 oder mehr Monaten hatten; Werte für Niederösterreich und Vorarlberg nicht verfügbar. – 4) Bezugsdauer insgesamt berechnet aus den durchschnittlichen Bezugsdauern der Bundesländer (gewichtet mit deren Anzahl der Personen).

Dauer von Mindestsicherungs- bzw. Sozialhilfebezug 2021

Bezugsdauer von Personen in Prozent

Grafik 2



Q: STATISTIK AUSTRIA, Mindestsicherungs- und Sozialhilfestatistik. - Rundungsdifferenzen.

arbeitslos und nur 8 % (wie 2020) **erwerbstätig** waren *(Tabelle 7)*.[30] Die Gruppe der dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung gestandenen Personen setzte sich wie folgt zusammen: 38 % befanden sich noch im Vorschul- bzw. Pflichtschulalter oder bereits in Pension, 8 % waren arbeitsunfähig, jeweils 4 % besuchten die Schule über das Pflichtschulalter hinaus oder betreuten ihre Kinder; beim Rest kamen verschiedene andere Gründe für die Ausnahme vom Einsatz der Arbeitskraft zum Tragen (Angehörigenpflege, Arbeitsfähigkeit in Abklärung etc.). Kärnten (99 %) und Tirol (87 %) waren die Bundesländerpole bei den Nicht-Erwerbstätigen mit Mindestsicherungs- bzw. Sozialhilfebezug (Durchschnitt: 92 %).

30) Bei den Daten zum Erwerbsstatus fehlen die Angaben für Vorarlberg. Die angeführten Prozentanteile beziehen sich daher auf 194 007 Personen im Jahresdurchschnitt 2021 (2020 hatte auch noch Niederösterreich gefehlt).

Anzahl der Personen in der Mindestsicherung und Sozialhilfe nach Erwerbsstatus und Einkunftsarten im Jahresdurchschnitt 2021[1]

Tabelle 7

Merkmal	Insgesamt[2]	Burgenland[3]	Kärnten	Niederösterreich	Oberösterreich	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg[4]	Wien
Erwerbsstatus	**199 173**	**2 004**	**3 899**	**13 270**	**7 562**	**5 977**	**15 192**	**10 456**	**5 167**	**135 648**
Erwerbstätige (einschließlich Lehrlinge)	14 819	118	46	993	513	554	1 388	1 333	.	9 875
Nicht Erwerbstätige	179 188	1 886	3 853	12 277	7 048	5 423	13 805	9 123	.	125 773
Dem Arbeitsmarkt zur Verfügung gestanden (arbeitslos)	67 842	928	1 936	4 512	2 370	1 794	5 470	2 325	.	48 507
Dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung gestanden	111 345	958	1 917	7 765	4 679	3 628	8 335	6 798	.	77 266
Nicht arbeitsfähig[5]	15 984	132	384	1 232	1 005	1 018	1 035	569	.	10 609
Schüler:in[6]	8 575	.	428	517	368	209	496	131	.	6 426
Kinderbetreuung	8 711	.	125	626	357	179	693	556	.	6 175
Angehörigenpflege	881	.	9	127	24	9	64	8	.	642
Vorschul-, Pflichtschul- sowie Pensionsalter	74 117	670	135	4 908	2 843	2 060	5 657	4 428	.	53 415
Sonstiges[7]	3 078	156	835	355	82	153	390	1 107	.	0
Einkunftsart: angerechnet/nicht angerechnet	**199 173**	**2 004**	**3 899**	**13 270**	**7 562**	**5 977**	**15 192**	**10 456**	**5 167**	**135 648**
Keine angerechneten Einkunftsarten	92 839	993	2 348	7 749	2 901	2 985	7 711	5 553	.	62 600
Angerechnete Einkunftsarten[8]	101 168	1 011	1 551	5 521	4 661	2 992	7 482	4 902	.	73 048
Erwerbseinkommen	15 404	131	273	1 067	578	586	1 297	1 406	.	10 067
AMS-Leistungen (und kein Erwerbseinkommen)	38 089	499	589	1 648	1 378	737	3 112	992	.	29 133
Sonst. angerechnete Einkunftsarten (Unterhalt etc.)	47 675	381	689	2 806	2 705	1 669	3 072	2 505	.	33 848

Q: STATISTIK AUSTRIA, Mindestsicherungs- und Sozialhilfestatistik.
1) In Burgenland, Tirol und Wien weiterhin Mindestsicherung (in diesen Bundesländern wurde die Umsetzung der Sozialhilfe nach dem Sozialhilfe-Grundsatzgesetz bzw. Sozialhilfe-Statistikgesetz auch 2021 nicht begonnen). – 2) Untergliederungen ohne fehlende Bundesländerwerte (Burgenland, Vorarlberg). – 3) Untergliederungen teilweise nicht verfügbar. – 4) Untergliederungen zur Gänze nicht verfügbar. – 5) Befristet oder unbefristet arbeitsunfähig. – 6) Über das Pflichtschulalter hinaus. – 7) Arbeitsfähigkeit in Abklärung, fehlende Arbeitsgenehmigung, Absolvierung eines Integrationsjahres etc. – 8) Hatte eine Person mehrere Einkunftsarten, erfolgte eine Priorisierung in der Zuordnung (1. Erwerbseinkommen, 2. AMS-Leistung, 3. sonstige Einkünfte).

Wie im Vorjahr hatte etwas weniger als die Hälfte (48 %) keine anrechenbaren **Einkünfte**,[31] wobei der Anteil in Kärnten (60 %) am höchsten und in Oberösterreich (38 %) am niedrigsten war. Bei den Personen mit Einkünften spielten Einkommen aus Erwerbstätigkeit (15 %) eine vergleichsweise geringe Rolle, es wurden hauptsächlich Arbeitslosengeld, Notstandshilfe bzw. andere AMS-Leistungen (38 %) oder sonstige Einkommen, wie Unterhaltsleistungen, Kinderbetreuungsgeld, Grundversorgung, Pensionen etc. (47 %) angerechnet.[32]

Die monatliche Höhe der durchschnittlich angerechneten Einkünfte pro Person reichte von 465 Euro (Kärnten) bis 582 Euro (Salzburg); werden auch die Personen ohne angerechnete Einkünfte einbezogen, so reduziert sich die Einkommenshöhe auf eine Bandbreite von 185 Euro bis 291 Euro.[33]

Hat in einer Bedarfsgemeinschaft (BG) keine Person ein anrechenbares Einkommen, wird sie in der Statistik zum **Vollbezug** gerechnet; entfällt auf zumindest eine Person ein Einkommen, zählt die BG zum **Teilbezug**. 2021 erhielten 71 % (wie 2020) eine Ergänzung bzw. Aufstockung durch die Mindestsicherung/Sozialhilfe, der Rest stand im Vollbezug *(Tabelle 8)*; mit zum Teil deutlichen Unterschieden (Oberösterreich: 76 %, Kärnten: 52 %) war der Teilbezug die dominante Unterstützungsart in allen Bundesländern.

31) Nicht anrechenbare, d. h. bei der Berechnung der Mindestsicherungs-/Sozialhilfeleistung nicht zu berücksichtigende Einkünfte sind z. B. das Pflegegeld, die Familienbeihilfe, Kinderabsetzbeträge und sonstige Familienförderungen oder Leistungen der freien Wohlfahrtspflege. Auch hier bestehen im Einzelnen unterschiedliche Regelungen in den Bundesländern.

32) Hatte eine Person mehrere Einkünfte, dann erfolgte eine Priorisierung in der Zuordnung: 1. Erwerbseinkommen, 2. Arbeitslosenleistungen, 3. Sonstige Einkünfte.

33) Auch bei den Daten zu den Einkünften fehlen die Angaben für Vorarlberg.

Bedarfsgemeinschaften in der Mindestsicherung und Sozialhilfe nach Leistungsbezug im Jahresdurchschnitt 2021[1] Tabelle 8

Bundesland	Insgesamt	Davon			
		Teilbezug[2]	Vollbezug[3]	Teilbezug[2]	Vollbezug[3]
	Anzahl			Anteil in %	
Insgesamt	**106 609**	**74 552**	**29 877**	***71,4***	***28,6***
Burgenland	1 163	747	415	*64,3*	*35,7*
Kärnten	2 262	1 166	1 096	*51,6*	*48,4*
Niederösterreich	6 752	3 863	2 889	*57,2*	*42,8*
Oberösterreich	4 288	3 272	1 016	*76,3*	*23,7*
Salzburg	3 398	2 216	1 181	*65,2*	*34,8*
Steiermark	7 659	5 082	2 576	*66,4*	*33,6*
Tirol	4 792	3 317	1 475	*69,2*	*30,8*
Vorarlberg[4]	2 180	.	.	.	.
Wien	74 117	54 888	19 228	*74,1*	*25,9*

Q: STATISTIK AUSTRIA, Mindestsicherungs- und Sozialhilfestatistik.
1) In Burgenland, Tirol und Wien weiterhin Mindestsicherung (in diesen Bundesländern wurde die Umsetzung der Sozialhilfe nach dem Sozialhilfe-Grundsatzgesetz bzw. Sozialhilfe-Statistikgesetz auch 2021 nicht begonnen). Die Bedarfsgemeinschaft ist die Einheit der Leistungsbemessung in der Mindestsicherung/Sozialhilfe. Eine Bedarfsgemeinschaft kann eine oder mehrere Personen umfassen; ein Haushalt kann aus mehr als einer Bedarfsgemeinschaft bestehen. – 2) Mindestens eine Person der Bedarfsgmeinschaft hat eine angerechnete Einkunftsart (z. B. Arbeitslosengeld). – 3) Keine Person in der Bedarfsgemeinschaft hat eine angerechnete Einkunftsart. – 4) Aufgliederung nicht verfügbar.

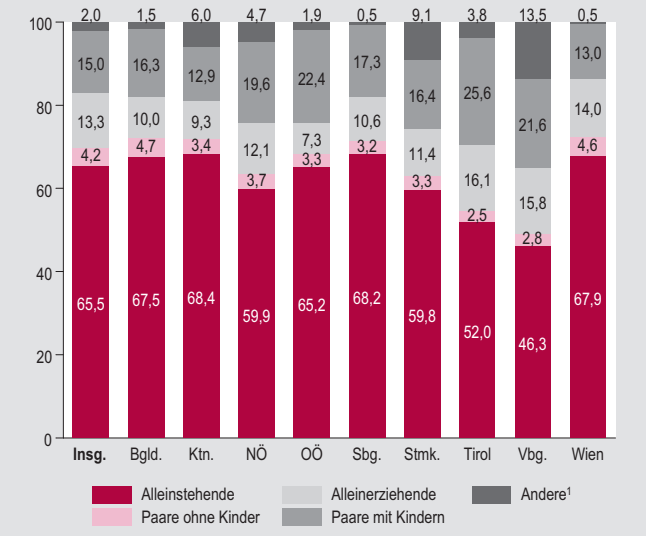
Anzahl der Bedarfsgemeinschaften und Personen in der Mindestsicherung und Sozialhilfe nach Kategorien der Bedarfsgemeinschaft im Jahresdurchschnitt 2021[1] Tabelle 9

Merkmal	Insgesamt	Burgenland	Kärnten	Niederösterreich	Oberösterreich	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg[2]	Wien
Bedarfsgemeinschaften[3]	**106 609**	**1 163**	**2 262**	**6 752**	**4 288**	**3 398**	**7 659**	**4 792**	**2 180**	**74 117**
Alleinstehende	**69 865**	785	1 547	4 047	2 794	2 319	4 578	2 493	1 009	50 294
Paare ohne Kinder	**4 501**	55	77	250	141	110	249	119	61	3 439
Paare mit Kindern	**14 191**	116	211	817	313	361	873	769	345	10 386
1 minderjähriges Kind	**2 744**	34	47	182	83	78	152	117	54	1 998
2 minderjährige Kinder	**4 157**	36	72	254	83	97	247	203	101	3 065
3 minderjährige Kinder	**3 711**	22	47	186	78	83	226	228	99	2 743
4 oder mehr minderjährige Kinder	**3 579**	24	45	195	69	104	249	222	91	2 581
Alleinerziehende	**15 946**	190	292	1 322	960	589	1 258	1 228	471	9 637
1 minderjähriges Kind	**7 553**	106	169	628	445	299	617	654	193	4 441
2 minderjährige Kinder	**4 994**	51	73	415	306	186	383	374	153	3 053
3 minderjährige Kinder	**2 278**	22	33	186	129	70	174	141	85	1 438
4 oder mehr minderjährige Kinder	**1 122**	11	17	93	80	34	83	58	40	705
Andere[4]	**2 106**	18	135	317	80	19	700	184	294	361
Personen[5]	**199 173**	**2 004**	**3 899**	**13 270**	**7 562**	**5 977**	**15 192**	**10 456**	**5 167**	**135 648**
Alleinstehende	**68 849**	785	1 547	4 045	2 789	2 318	4 578	2 493	.	50 294
Paare ohne Kinder	**8 880**	109	154	500	282	221	499	238	.	6 878
Paare mit Kindern	**66 467**	534	1 030	3 960	1 476	1 751	4 219	3 871	.	49 627
1 minderjähriges Kind	**8 428**	108	162	610	265	242	456	386	.	6 199
2 minderjährige Kinder	**16 615**	149	314	1 077	352	392	986	845	.	12 500
3 minderjährige Kinder	**18 303**	111	246	966	403	421	1 131	1 166	.	13 860
4 oder mehr minderjährige Kinder	**23 121**	167	308	1 307	456	696	1 645	1 474	.	17 068
Alleinerziehende	**44 512**	525	815	3 857	2 806	1 645	3 537	3 373	.	27 954
1 minderjähriges Kind	**15 030**	219	355	1 314	906	605	1 235	1 347	.	9 049
2 minderjährige Kinder	**14 684**	155	230	1 276	926	563	1 150	1 140	.	9 246
3 minderjährige Kinder	**8 844**	88	134	758	525	283	698	574	.	5 786
4 oder mehr minderjährige Kinder	**5 954**	63	97	510	450	195	455	312	.	3 872
Andere[4]	**5 299**	51	354	908	208	42	2 360	481	.	896

Q: STATISTIK AUSTRIA, Mindestsicherungs- und Sozialhilfestatistik.
1) In Burgenland, Tirol und Wien weiterhin Mindestsicherung (in diesen Bundesländern wurde die Umsetzung der Sozialhilfe nach dem Sozialhilfe-Grundsatzgesetz bzw. Sozialhilfe-Statistikgesetz auch 2021 nicht begonnen). – 2) Personen-Untergliederung nicht verfügbar. – 3) Die Bedarfsgemeinschaft ist die Einheit der Leistungsbemessung in der Mindestsicherung/Sozialhilfe. Eine Bedarfsgemeinschaft kann eine oder mehrere Personen umfassen; ein Haushalt kann aus mehr als einer Bedarfsgemeinschaft bestehen. – 4) Z. B. Paare mit nur volljährigem Kind bzw. volljährigen Kindern oder alleinlebende Minderjährige. – 5) Untergliederung ohne Vorarlberg.

Bedarfsgemeinschaften in der Mindestsicherung und Sozialhilfe 2021 in Prozent (Jahresdurchschnitt)

Grafik 3



Q: STATISTIK AUSTRIA, Mindestsicherungs- und Sozialhilfestatistik. - Rundungsdifferenzen.
1) Z. B. Paare mit nur volljährigem Kind bzw. volljährigen Kindern oder alleinlebende Minderjährige.

Hinsichtlich ihrer Zusammensetzung werden folgende fünf BG-Kategorien unterschieden: Alleinstehende, Paare[34] ohne Kind(er), Paare mit Kind(ern),[35] Alleinerziehende und Andere.[36] Die größte Gruppe in der Mindestsicherung/Sozialhilfe sind die **Alleinstehenden**, auf die im Jahresdurchschnitt 2021 66 % der Bedarfsgemeinschaften und 35 % der Personen entfielen, gefolgt von den **Alleinerziehenden** (15 % bzw. 23 %) und **Paaren** mit Kindern (13 % bzw. 34 %) *(Tabelle 9 und Grafik 3)*.

Bei den **Männern** war der Alleinstehenden-Anteil (65 %) wesentlich höher als bei den **Frauen** (48 %), die demgegenüber in größerem Ausmaß auch als Alleinerziehende unter-

34) Zu den Paaren zählen Ehepaare und Lebensgemeinschaften im gemeinsamen Haushalt.
35) Ausschlaggebend für die Klassifikation als BG mit (1, 2, 3 oder 4+) Kind(ern) ist das Vorhandensein eines oder mehrerer minderjähriger Kinder. Volljährige Kinder werden entweder (ebenfalls) bei den Paaren mit Kindern und den Alleinerziehenden oder, sofern keine minderjährige Person im Haushalt lebt, in der Kategorie Andere erfasst.
36) Diese umfasst neben Paarhaushalten und Alleinerziehenden mit (nur) volljährigen Kindern auch alleinlebende Minderjährige.

Anzahl der Frauen, Männer und Kinder in der Mindestsicherung und Sozialhilfe nach Kategorien der Bedarfsgemeinschaft im Jahresdurchschnitt 2021[1]

Tabelle 10

Merkmal	Insgesamt[2]	Burgenland	Kärnten	Niederösterreich	Oberösterreich	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg[3]	Wien
Frauen	**66 265**	**758**	**1 411**	**4 832**	**2 844**	**2 065**	**4 859**	**3 247**	**.**	**46 248**
Alleinstehende	**31 667**	382	704	2 151	1 367	1 008	2 138	976	.	22 942
Paare ohne Kinder	**4 448**	54	77	253	140	110	250	118	.	3 446
Paare mit Kindern	**13 848**	116	211	814	312	361	879	770	.	10 385
1 minderjähriges Kind	**2 691**	34	46	182	83	77	152	117	.	1 999
2 minderjährige Kinder	**4 052**	36	72	251	83	97	247	203	.	3 064
3 minderjährige Kinder	**3 610**	22	47	186	78	83	226	228	.	2 741
4 oder mehr minderjährige Kinder	**3 495**	24	45	196	68	104	255	222	.	2 581
Alleinerziehende	**14 734**	185	271	1 249	934	569	1 205	1 190	.	9 131
1 minderjähriges Kind	**6 962**	102	158	595	428	288	593	627	.	4 171
2 minderjährige Kinder	**4 618**	51	67	389	299	181	366	367	.	2 900
3 minderjährige Kinder	**2 107**	21	31	178	128	68	166	139	.	1 377
4 oder mehr minderjährige Kinder	**1 046**	11	15	88	79	32	80	57	.	684
Andere[4]	**1 568**	21	148	365	91	17	387	193	.	344
Männer	**57 152**	**589**	**1 260**	**3 255**	**1 943**	**1 810**	**3 871**	**2 576**	**.**	**41 848**
Alleinstehende	**37 182**	402	843	1 895	1 423	1 311	2 440	1 517	.	27 352
Paare ohne Kinder	**4 432**	56	76	247	142	110	249	120	.	3 432
Paare mit Kindern	**13 853**	116	211	819	312	361	877	769	.	10 388
1 minderjähriges Kind	**2 688**	34	48	181	83	77	152	116	.	1 997
2 minderjährige Kinder	**4 059**	36	72	256	83	97	247	203	.	3 065
3 minderjährige Kinder	**3 615**	22	47	187	78	83	226	228	.	2 745
4 oder mehr minderjährige Kinder	**3 491**	24	45	195	68	104	253	222	.	2 581
Alleinerziehende	**741**	5	21	73	24	20	56	37	.	506
1 minderjähriges Kind	**397**	4	11	34	16	10	24	27	.	270
2 minderjährige Kinder	**222**	0	7	26	7	5	18	7	.	153
3 minderjährige Kinder	**85**	1	2	8	1	2	9	3	.	61
4 oder mehr minderjährige Kinder	**37**	0	2	5	0	2	5	1	.	21
Andere[4]	**944**	10	108	223	42	8	249	133	.	171
Kinder	**70 590**	**657**	**1 228**	**5 183**	**2 774**	**2 102**	**6 463**	**4 632**	**.**	**47 552**
Paare mit Kindern	**38 766**	303	608	2 327	852	1 029	2 462	2 332	.	28 854
1 minderjähriges Kind	**3 049**	40	68	247	99	87	152	153	.	2 204
2 minderjährige Kinder	**8 504**	77	169	570	186	199	493	439	.	6 371
3 minderjährige Kinder	**11 078**	67	153	594	247	254	679	710	.	8 374
4 oder mehr minderjährige Kinder	**16 135**	119	218	916	320	489	1 138	1 031	.	11 905
Alleinerziehende	**29 037**	335	523	2 536	1 848	1 056	2 277	2 145	.	18 317
1 minderjähriges Kind	**7 671**	113	186	686	462	306	617	693	.	4 609
2 minderjährige Kinder	**9 844**	104	157	861	620	377	767	766	.	6 194
3 minderjährige Kinder	**6 652**	66	101	572	396	213	523	432	.	4 348
4 oder mehr minderjährige Kinder	**4 870**	52	80	417	370	161	370	254	.	3 167
Andere[4]	**2 787**	19	97	320	75	17	1 724	155	.	380

Q: STATISTIK AUSTRIA, Mindestsicherungs- und Sozialhilfestatistik.
1) In Burgenland, Tirol und Wien weiterhin Mindestsicherung (in diesen Bundesländern wurde die Umsetzung der Sozialhilfe nach dem Sozialhilfe-Grundsatzgesetz bzw. Sozialhilfe-Statistikgesetz auch 2021 nicht begonnen). – 2) Ohne Vorarlberg. – 3) Angaben nicht verfügbar. – 4) Z. B. Paare mit nur volljährigem Kind bzw. volljährigen Kindern oder alleinlebende Minderjährige.

stützt wurden (22 %-Anteil gegenüber 1 % bei den Männern). Die **Kinder** in der Mindestsicherung/Sozialhilfe lebten überwiegend in Paar- (55 %) und zum kleineren Teil in Alleinerziehenden-BG (41 %)[37] *(Tabelle 10)*.

Höhe des Leistungsanspruchs und der Ausgaben

Leistungsanspruch

Der monatliche **Leistungsanspruch pro Bedarfsgemeinschaft** auf Lebensunterhalt und Wohnen lag im Jahresdurchschnitt 2021 bei 712 Euro und war in Tirol (794 Euro) und Vorarlberg (789 Euro) am höchsten, in Oberösterreich (573 Euro) und Kärnten (586 Euro) am niedrigsten *(Tabelle 11)*. Umgerechnet auf die **Person**, betrug die monatliche Anspruchshöhe[38] durchschnittlich 381 Euro mit einer Spannbreite von 325 Euro (Oberösterreich) bis 399 Euro (Wien) *(Grafik 4)*.

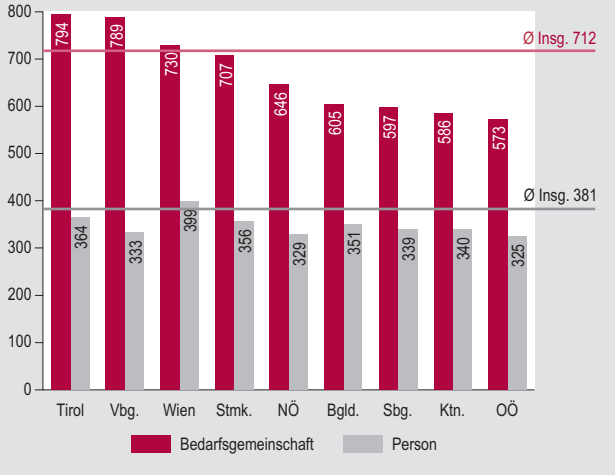
Gegenüber 2020 stieg der Leistungsanspruch pro Bedarfsgemeinschaft um 13 Euro (+1,9 %), pro Person um 17 Euro (+4,6 %). In der Bundesländer-Reihung (pro BG) hat Tirol Vorarlberg an der Spitze überholt und Kärnten anstelle des Burgenlandes den vorletzten Platz eingenommen (Oberösterreich lag auch im Vorjahr an letzter Stelle).

Nach **Bedarfsgemeinschaftskategorien** *(Tabelle 11)* unterschieden, war der monatliche Leistungsanspruch bei Paaren mit Kindern mit 1 203 Euro am höchsten (2020: 1 188 Euro); er stieg bei vier oder mehr Kindern auf 1 536 Euro (2020: 1 522 Euro). Im Vergleich dazu erhielten Alleinerziehende im Durchschnitt 780 Euro (2020: 731 Euro), bei vier oder mehr Kindern 1 333 Euro (2019: 1 269 Euro). In allen BG-Kategorien lagen die tatsächlichen Anspruchshöhen deutlich unter den für sie relevanten Mindeststandards bzw. Höchstsätzen, weil, wie erwähnt, die Mindestsicherung/Sozialhilfe hauptsächlich als Ergänzungszahlung (und nur zum kleineren Teil in voller Höhe) gewährt wird.

37) Sonstige BG-Kategorien mit Kind(ern) – zusammengefasst unter Andere – sind z. B. alleinstehende Minderjährige oder mit einem Eltern- und einem Großelternteil zusammenlebende Kinder.

38) Der auf die Person umgerechnete Betrag ist als fiktiver zu verstehen, weil, wie erwähnt, die Bedarfsgemeinschaft die Einheit der Leistungsbemessung in der Mindestsicherung/Sozialhilfe ist. Bei der Leistungshöhe handelt es sich um den Leistungsanspruch und nicht um den Auszahlungsbetrag (ersterer kann aus einer Reihe von Gründen von letzterem abweichen).

Höhe der monatlichen Mindestsicherungs- und Sozialhilfeleistung 2021 in Euro (Jahresdurchschnitt)[1] Grafik 4



Q: STATISTIK AUSTRIA, Mindestsicherungs- und Sozialhilfestatistik.
1) Leistungsanspruch auf Lebensunterhalt und Wohnen.

Ausgaben

Die **Ausgaben** der Länder und Gemeinden für Lebensunterhalt, Wohnen und Krankenhilfe im Rahmen der Mindestsicherung/Sozialhilfe betrugen insgesamt 966 Mio. Euro *(Tabelle 12)*, um 7 Mio. Euro (+0,7 %) mehr als im Jahr 2020. Zur Sicherung des Lebensunterhalts und des Wohnbedarfs außerhalb von stationären Einrichtungen wurden 911 Mio. Euro und für die Krankenhilfe 54 Mio. Euro ausgegeben; letztere waren fast zur Gänze Aufwendungen

Höhe der Mindestsicherungs- und Sozialhilfeleistung pro Bedarfsgemeinschaft im Jahresdurchschnitt 2021[1] Tabelle 11

Merkmal	Insgesamt[2]	Burgenland	Kärnten	Niederösterreich	Oberösterreich	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg[3]	Wien
	Monatlicher Leistungsanspruch auf Sicherung des Lebensunterhalts und Wohnbedarfs in Euro									
Bedarfsgemeinschaften[4]	**712**	**605**	**586**	**646**	**573**	**597**	**707**	**794**	**789**	**730**
Alleinstehende	**585**	537	519	535	525	514	588	640	.	595
Paare ohne Kinder	**815**	702	767	714	876	688	895	862	.	820
Paare mit Kindern	**1 203**	998	908	980	799	1 015	1 134	1 305	.	1 246
1 minderjähriges Kind	**938**	735	897	907	872	864	904	1 018	.	948
2 minderjährige Kinder	**1 075**	856	832	985	780	877	1 070	1 153	.	1 100
3 minderjährige Kinder	**1 224**	1 119	885	986	852	997	1 251	1 273	.	1 258
4 oder mehr minderjährige Kinder	**1 536**	1 463	1 065	1 036	675	1 269	1 231	1 626	.	1 637
Alleinerziehende	**780**	612	644	731	579	645	686	772	.	836
1 minderjähriges Kind	**648**	548	557	644	493	521	605	646	.	685
2 minderjährige Kinder	**776**	648	645	769	577	649	707	772	.	819
3 minderjährige Kinder	**962**	632	825	798	686	892	782	1 058	.	1 032
4 oder mehr minderjährige Kinder	**1 333**	1 024	1 163	1 016	889	1 205	986	1 491	.	1 468
Andere[5]	**895**	702	613	793	769	785	920	852	.	1 106

Q: STATISTIK AUSTRIA, Mindestsicherungs- und Sozialhilfestatistik.
1) In Burgenland, Tirol und Wien weiterhin Mindestsicherung (in diesen Bundesländern wurde die Umsetzung der Sozialhilfe nach dem Sozialhilfe-Grundsatzgesetz bzw. Sozialhilfe-Statistikgesetz auch 2021 nicht begonnen). – 2) Berechnet aus den Leistungshöhen der Bundesländer, die mit der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften gewichtet wurden. Untergliederungen ohne Vorarlberg. – 3) Angaben zu den Untergliederungen nicht verfügbar. – 4) Die Bedarfsgemeinschaft ist die Einheit der Leistungsbemessung in der Mindestsicherung/Sozialhilfe. Eine Bedarfsgemeinschaft kann eine oder mehrere Personen umfassen; ein Haushalt kann aus mehr als einer Bedarfsgemeinschaft bestehen. – 5) Z. B. Paare mit nur volljährigem Kind bzw. volljährigen Kindern oder alleinlebende Minderjährige.

Ausgaben für die Mindestsicherung und Sozialhilfe 2021[1]

Tabelle 12

Merkmal	Insgesamt	Burgenland	Kärnten	Niederösterreich	Oberösterreich	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien
	Jahressummen in Euro (ohne Berücksichtigung allfälliger Rückflüsse aus Kostenersätzen)									
Ausgaben insgesamt	**965 866 601**	**9 077 270**	**16 991 672**	**56 392 437**	**31 186 809**	**26 117 854**	**69 651 613**	**48 442 116**	**22 476 920**	**685 529 911**
Lebensunterhalt und Wohnen[2]	911 430 326	8 445 285	15 892 063	52 346 559	29 496 855	24 330 747	64 930 845	45 670 251	20 641 331	649 676 389
Krankenhilfe[3]	54 436 275	631 985	1 099 609	4 045 877	1 689 954	1 787 107	4 720 768	2 771 865	1 835 589	35 853 522
Krankenversicherung[4]	53 816 045	631 985	672 323	4 017 971	1 689 322	1 787 107	4 720 768	2 650 415	1 792 632	35 853 522
Sonstige Krankenhilfe[5]	620 230	0	427 285	27 907	632	0	0	121 449	42 957	0

Q: STATISTIK AUSTRIA, Mindestsicherungs- und Sozialhilfestatistik.
1) In Burgenland, Tirol und Wien weiterhin Mindestsicherung (in diesen Bundesländern wurde die Umsetzung der Sozialhilfe nach dem Sozialhilfe-Grundsatzgesetz bzw. Sozialhilfe-Statistikgesetz auch 2021 nicht begonnen). – 2) Sicherung des Lebensunterhalts und des Wohnbedarfs außerhalb stationärer Einrichtungen. – 3) Schutz bei Krankheit, Schwangerschaft und Entbindung. – 4) Einbezug in die Krankenversicherung durch Übernahme der Beiträge. – 5) Z. B. Selbstbehalte.

Ausgaben für die Mindestsicherung und Sozialhilfe 2012 bis 2021[1]

Tabelle 13

Bundesland	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021		*Veränderung 2012–2021*	
	in Mio. Euro									in Mio. Euro	Anteil in %	in Mio. Euro	*in %*
Ausgaben insgesamt[2]	**571,3**	**634,5**	**708,0**	**807,6**	**924,2**	**977,4**	**941,0**	**913,1**	**959,2**	**965,9**	**100,0**	**394,6**	***69,1***
Lebensunterhalt und Wohnen[3]	540,6	601,0	673,0	765,2	872,4	923,7	889,1	863,1	906,3	911,4	94,4	370,8	*68,6*
Krankenhilfe[4]	30,6	33,5	35,0	42,5	51,8	53,7	52,0	50,0	52,9	54,4	5,6	23,8	*77,6*
Bundesland													
Burgenland	5,1	5,4	6,1	6,9	7,3	9,7	8,4	8,6	9,1	9,1	0,9	4,0	*77,8*
Kärnten	11,9	11,5	12,4	12,8	15,8	16,8	16,0	16,4	17,5	17,0	1,8	5,1	*42,5*
Niederösterreich	41,4	45,3	51,4	60,4	73,3	67,3	67,1	67,1	62,5	56,4	5,8	15,0	*36,2*
Oberösterreich	28,0	35,4	38,3	44,5	48,0	47,4	42,2	39,1	34,6	31,2	3,2	3,2	*11,5*
Salzburg	23,5	26,8	29,0	32,6	34,7	35,9	34,2	31,2	30,6	26,1	2,7	2,6	*11,0*
Steiermark	37,0	46,8	60,7	66,9	72,9	69,1	67,4	67,2	69,7	69,7	7,2	32,6	*88,1*
Tirol	33,7	38,3	42,6	50,2	54,5	57,5	53,1	49,0	47,2	48,4	5,0	14,7	*43,7*
Vorarlberg	16,8	19,3	22,0	27,1	34,3	35,8	31,3	27,8	26,1	22,5	2,3	5,7	*34,2*
Wien	373,8	405,6	445,5	506,4	583,4	638,0	621,4	606,6	662,0	685,5	71,0	311,7	*83,4*

Q: STATISTIK AUSTRIA, Mindestsicherungs- und Sozialhilfestatistik.
1) 2012 bis 2019 in allen Bundesländern Mindestsicherung, 2020 in Nieder- und Oberösterreich, 2021 in weiteren vier Bundesländern Mindestsicherung und Sozialhilfe (in Burgenland, Tirol und Wien wurde die Umsetzung der Sozialhilfe nach dem Sozialhilfe-Grundsatzgesetz bzw. Sozialhilfe-Statistikgesetz auch 2021 nicht begonnen). – 2) Jahressummen; ohne Berücksichtigung allfälliger Rückflüsse aus Kostenersätzen. – 3) Sicherung des Lebensunterhalts und des Wohnbedarfs außerhalb stationärer Einrichtungen. – 4) Schutz bei Krankheit, Schwangerschaft und Entbindung in Form der Übernahme von Krankenversicherungsbeiträgen und allfälliger sonstiger Leistungen (z. B. Selbstbehalte).

für die Krankenversicherungsbeiträge.[39] Noch stärker als beim Leistungsbezug entfiel der Großteil der Ausgaben auf Wien (71 %; 2020: 69 %); die Anteile der anderen Bundesländer lagen zwischen 1 % (Burgenland) und 7 % (Steiermark).

Im Zeitraum **2012 bis 2021** stiegen die Ausgaben um insgesamt 395 Mio. Euro (+69 %), für den Lebensunterhalt/Wohnbedarf wurden um 371 Mio. Euro (+69 %) und für die Krankenhilfe um 24 Mio. Euro (+78 %) mehr ausgegeben *(Tabelle 13)*. Gemessen an den Sozialausgaben insgesamt waren das weiterhin weniger als 1 % (0,7 %; 2012: 0,6 %).

Stark überdurchschnittliche Ausgabenzuwächse gab es in der Steiermark (+88 %), in Wien (+83 %) und im Burgenland (+78 %), während der Anstieg in den anderen Bundesländern deutlich unter dem Durchschnitt blieb.

Weiterführende Literatur

Pratscher, K. (Wien 2021): "Mindestsicherung und Sozialhilfe der Bundesländer im Jahr 2020", in: Statistik Austria: „Statistische Nachrichten" 12/2021, S. 942–95.

39) 2021 wurde für insgesamt 72 624 Personen (Jahressumme) im Rahmen der Mindestsicherung/Sozialhilfe der Krankenversicherungsschutz gewährleistet (2020: 75 164).

Pratscher, K. (Wien 2020): „Mindestsicherung der Bundesländer im Jahr 2019", in: Statistik Austria: „Statistische Nachrichten" 11/2020, S. 818–831.

Pratscher, K. (Wien 2019): „Mindestsicherung der Bundesländer im Jahr 2018", in: Statistik Austria: „Statistische Nachrichten" 11/2019, S. 846–858.

Pratscher, K. (Wien 2019): „Mindestsicherung der Bundesländer im Jahr 2017", in: Statistik Austria: „Statistische Nachrichten" 01/2019, S. 39–51.

Pratscher, K. (Wien 2017): „Bedarfsorientierte Mindestsicherung der Bundesländer im Jahr 2016", in: Statistik Austria: „Statistische Nachrichten" 10/2017, S. 836–849.

Pratscher, K. (Wien 2016): „Bedarfsorientierte Mindestsicherung der Bundesländer im Jahr 2015", in: Statistik Austria: „Statistische Nachrichten" 11/2016, S. 846–858.

Pratscher, K. (Wien 2015): „Bedarfsorientierte Mindestsicherung der Bundesländer im Jahr 2014", in: Statistik Austria: „Statistische Nachrichten" 11/2015, S. 867–878.

Pratscher, K. (Wien 2014): „Bedarfsorientierte Mindestsicherung der Bundesländer im Jahr 2013" 12/2014, S. 914–925.

Pratscher, K. (Wien 2013): „Bedarfsorientierte Mindestsicherung der Bundesländer im Jahr 2012", in: Statistik Austria: „Statistische Nachrichten" 12/2013, S. 1126–1137.

Pratscher, K. (Wien 2013): „Bedarfsorientierte Mindestsicherung der Bundesländer im Jahr 2011“, in: Statistik Austria: „Statistische Nachrichten“ 01/2013, S. 63–76.

Rechtliche und methodische Grundlagen

Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz betreffend Grundsätze für die Sozialhilfe (Sozialhilfe-Grundsatzgesetz) und ein Bundesgesetz über die bundesweite Gesamtstatistik über Leistungen der Sozialhilfe (Sozialhilfe-Statistikgesetz) erlassen und das Bundesgesetz zur Integration rechtmäßig in Österreich aufhältiger Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft (Integrationsgesetz-IntG) geändert werden (BGBl. I Nr. 41/2019); Website RIS.

Verordnung der Bundesministerin für Gesundheit und Frauen, mit der die Verordnung über die Durchführung der Krankenversicherung für die gemäß § 9 ASVG in die Krankenversicherung einbezogenen Personen geändert wird (BGBl. II Nr. 439/2016), Website RIS.

Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über die Durchführung der Krankenversicherung für die gemäß § 9 ASVG in die Krankenversicherung einbezogenen Personen geändert wird (BGBl. II Nr. 301/2018), Website RIS.

Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über die Durchführung der Krankenversicherung für die gemäß § 9 ASVG in die Krankenversicherung einbezogenen Personen geändert wird (BGBl. II Nr. 419/2019), Website RIS.

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über die Durchführung der Krankenversicherung für die gemäß § 9 ASVG in die Krankenversicherung einbezogenen Personen geändert wird (BGBl. II Nr. 536/2020), Website RIS.

Gesetz vom 7. Juli 2010 über die Sozialunterstützung im Bundesland Salzburg (Salzburger Sozialunterstützungsgesetz – SUG) (LGBl. 63/2010 i. d. F. Nr. 141/2020), Website RIS.

NÖ Sozialhilfe-Ausführungsgesetz (LGBl. Nr. 70/2019 i. d. F. Nr. 90/2020), Website RIS.

Landesgesetz, mit dem das OÖ Sozialhilfe-Ausführungsgesetz erlassen wird (OÖ Sozialhilfe-Ausführungsgesetz - OÖ SOHAG) (LGBl. Nr. 107/2019 i. d. F. Nr. 6/2020), Website RIS.

Gesetz über Sozialleistungen für hilfsbedürftige Personen (Sozialleistungsgesetz – SLG) (Vorarlberger-LGBl. Nr. 81/2020 i. d. F. Nr. 50/2021), Website RIS.

Gesetz vom 22. Oktober 2020, mit dem das Gesetz über die Leistungen der Sozialhilfe (Kärntner Sozialhilfegesetz 2021 – K-SHG 2021) erlassen und das Kärntner Chancengleichheitsgesetz, das Kärntner Kinder- und Jugendhilfegesetz und das Kärntner Mindestsicherungsgesetz geändert werden (LGBl. Nr. 107/2020), Website RIS.

Steiermärkische Sozialunterstützungsgesetz, Gesetz vom 23. Februar 2021, mit dem das Gesetz über die Gewährung von Sozialunterstützung (Steiermärkisches Sozialunterstützungsgesetz – StSUG) erlassen und das Steiermärkische Sozialhilfegesetz, das Steiermärkische Wohnunterstützungsgesetz, das Steiermärkische Behindertengesetz und das Steiermärkische Grundversorgungsgesetz geändert werden (LGBl. 51/2021 i. d. F. 117/2021), Website RIS.

Statistik Austria (Redaktion): „Handbuch Sozialhilfestatistik ab dem Berichtsjahr 2020; Stand: 28.01.2020“.

Statistik Austria (Redaktion): „Handbuch Gemeinsame Statistik über die Mindestsicherung (Mindestsicherungsstatistik); Version Oktober 2017“.

Summary

In 2021, 199 173 persons (annual average) were supported by the Minimum Income Scheme (“Mindestsicherung”) or by Social Assistance (“Sozialhilfe”). In spite of COVID-19-pandemia the figure decreased by 7 949 (-3.8 %) compared to the previous year. The average monthly expenditure per community in need reached EUR 712 (per person: EUR 381) and was highest in Tyrol (EUR 794) and Vorarlberg (EUR 789).

The total expenditure (subsistence, housing needs, protection in case of sickness) amounted to EUR 966 million (EUR 7 million or 0.7 % more compared to 2020). Corresponding to the number of recipients (68 %), the major part thereof was spent in Vienna (71 %). Minimum Income Scheme and Social Assistance made up 1 % of the total social expenditures.